

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Frühjahr 2014
Nr. 183, 43. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Mindestlohn – ein historisches Ereignis?



Nun soll es ihn also geben, den Mindestlohn. Unter großem medialem Tamtam wurde er im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbart. Als ein „Richtiger Schritt in die richtige Richtung“ wird das von den Gewerkschaften gewertet. Das sei, so der neue IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzels, ein „erster Schritt für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“. Neben dem Mindestlohn von Euro 8,50 sieht Wetzels, die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und den Verbesserungen bei der Rente als wichtige Punkte an, nach vier Jahren Stillstand unter der schwarz-gelben Koalition.

Steht also ein neuer politischer Aufbruch auf der Tagesordnung? In den Gewerkschaftsspitzen, scheint man dieser Meinung zu sein. Praktisch von allen Einzelgewerkschaften und von Seiten des DGB hörte man nur positive Äußerungen bei der Be-

wertung der Koalitionsvereinbarung. Als „ausgesprochen positiv“ wird vom DGB-Vorsitzenden Sommer die Vereinbarung genannt. Kritik gibt es wenig und wenn, nur am Rande. In der ver.di-Einschätzung wird immerhin angemerkt, dass das geplante Einfrieren des Mindestlohns bis 2018 „den Erfordernissen im Niedriglohnssektor und den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht“ wird (jW 03.12.2013).

Und in der Januar-Ausgabe der *metallzeitung* berichtet Armin Schild fast euphorisch von den zurückliegenden Koalitionsvertrags-Verhandlungen. Schild ist Bezirksleiter des IG Metall-Bezirk Mitte und Mitglied im Parteivorstand der SPD. In dieser Funktion hat er den Koalitionsvertrag mitverhandelt. Im Interview mit der Gewerkschaftszeitung sagt Schild: „Der gesetzliche Mindestlohn ist ein historisches Ereignis, das den ausufernden Niedriglohnssektor endlich nach unten begrenzt. Die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und Verbesserungen beim Entsendegesetz hätten wir ohne die Koalitionsverhandlungen nie und nimmer erreicht. Das wird nicht nur die Tarifautonomie, sondern auch die Gewerkschaften stärken“. Bei der Gesamtbewertung des Koalitionsvertrags kommt Schild schließlich zu der Auffassung, die auch in die Überschrift des *metallzeitung*-Interviews einfließt: „Wir hatten noch nie so viel Einfluss“!

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Mindestlohn – ein historisches Ereignis?	S. 1
Schwarz-Rote Weltmachtambitionen	S. 7
Der Krieg beginnt hier!	S. 9
Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine	S. 13
Zu den Wahlen in Chile	S. 15
Zu Ehren der Verteidiger_innen der Bremer Räterepublik	S. 22
Von der Solidarität mit Chile zum Solidaritätsfonds	S. 25
Rezension: Volksregierung in Chile 1970-73	S. 28
Rezension: Gerechte Verteilung!?!	S. 32
Steinmeier: Ein Sozialdemokrat redet Klartext	S. 33

In eigener Sache

Innenpolitisch ist es nach Regierungsantritt der „Großen Koalition“ auffallend still geworden. Der Partner SPD hat keinesfalls Anstöße für einen „Politikwechsel“ gegeben – im Gegenteil. Die Sozialdemokraten haben sich nicht nur nicht gegen die Aufgabe der außenpolitischen „Zurückhaltung“ gewehrt, die angeblich Westerwelle als Außenminister vertreten hätte, sondern sie haben den neuen Kurs verstärkter militärischer Interventionen mit angestoßen. Sie haben im Koalitionsvertrag im Geiste von „wir sind wieder wer“ die Militarisierungspolitik mit vorangetrieben und Steinmeier ist dabei durchaus ein Antreiber. Wir drucken zu diesem Thema zwei Artikel aus den IMI (Informationsstelle Militarisierung) nach und danken für die Genehmigung dafür.

Im Wahlkampf hatte die SPD die Forderung nach einem Mindestlohn geradezu zum Symbol für einen Politikwechsel erhoben, auch um in der Partei die Zustimmung zur Koalition mit der CDU/CSU durchzusetzen. Doch nun, bei Lichte besehen, scheint Ministerin Nahles die Substanz des Ganzen zu zerrinnen angesichts des er-

hobenen Zeigefingers der Wirtschafts-bosse. In einem Artikel wird das angeblich „historische Ereignis“ demaskiert, werden die gesellschaftlichen Verhältnisse bloßgestellt und die Politik der Gewerkschaften wird kritisiert.

Südamerika steht weiterhin im Blickpunkt politischer Veränderungen. Dazu können wir einen Bericht zu den Wahlen in Chile anbieten, mit einem Rückblick auf die letzten Jahre. Um grundsätzliche Fragen geht es in der Rezension einer Broschüre, die sich mit Streitfragen chilenischer Sozialisten zur Unidad Popular in den Jahren 1970 bis 1973 befasst. Wer sich näher mit der damaligen Problematik in Chile beschäftigen möchte, den verweisen wir auf die vier Artikel in den Ausgaben Nr. 167 bis 170 der Arsti, in denen es um „die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile“ geht. Die Solidarität mit den verfolgten Genossinnen und Genossen mündete u.a. in den „Solidaritätsfonds“. Ein darin engagierter Genosse stellt ihn vor und berichtet, was daraus geworden ist.

Anlässlich des 95. Jahrestags der Niederschlagung der Bremer Rätere-

publik hielt dort die Bundestagsabgeordnete der Linken, Inge Höger, eine Rede, die wir abdrucken.

Über die Pläne der Regierung in Großbritannien, den Beginn des Ersten Weltkriegs zu feiern und die Bevölkerung auf neue Kriege einzustimmen, schreibt unser Genosse aus GB.

„Gerechte Verteilung“ titelt eine Flugschrift, die ein Rezensent vorstellt.

Kurz vor Redaktionsschluss kam es zur weltpolitischen Krise in und um die Ukraine und die Abspaltung der Krim von der Ukraine, die auch die Bundesrepublik, vor allem wirtschaftlich, berühren wird. Wir können noch keine umfassende Analyse dazu abgeben und bescheiden uns deshalb vorerst mit einer kurzen Einschätzung.

In der letzten Nummer hatten wir angekündigt, das Jahreskonferenz-Referat zu den Ereignissen in der Türkei im März abzudrucken. Nachdem dort noch vieles im Fluss ist – die Lira ist im Fall, die Bewegungen gegen die korrupte Regierungspolitik Erdogans gehen weiter – bringen wir im nächsten Heft einen erweiterten Artikel dazu.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Abonnenten und Spendern, die uns bereits finanziell unterstützt haben sehr herzlich. Für die übrigen legen wir, wie immer in der Frühjahrsnummer, einen Zahlschein mit der Bitte um Begleichung des Abonnements bei.

Auf eure finanzielle Unterstützung sind wir mehr denn je angewiesen, aber auch Unterstützung anderer Art kann uns weiterhelfen!

Vorankündigung:
Unser diesjähriges Seminar in München findet diesmal am 31. Mai / 1. Juni statt. Interessenten schicken wir eine Einladung mit den Themen zu.

Wir bitten dich, liebe Leserin und lieber Leser, die ihr die ARSTI, ohne sie zu bestellen und ohne etwas dafür zu zahlen, zugesandt bekommt, um eine Spende.

Dich, liebe Abonnentin oder lieber Abonnent, die ihr zwar abonniert, aber seit längerem nicht bezahlt habt, ersuchen wir um Begleichung der offenen Beträge.

Wir haben die ARSTI bis jetzt stets trotzdem, bzw. im Werbeversand, gratis verschickt, sind aber bald finanziell nicht mehr in der Lage, diesen Weg so weiterzugehen.

Wenn ihr aufgrund eurer persönlichen oder finanziellen Situation zur Bezahlung nicht in der Lage sein solltet, so teilt uns das bitte mit, und ihr erhaltet die ARSTI weiterhin kostenlos zugeschickt.

Wenn weder eine Zahlung noch eine Mitteilung eingehen, werden wir den Versand der ARSTI an euch nach einigen Nummern einstellen müssen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presse-rechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Große Koalition für Arbeitnehmerfragen

Diese Meinung wird offensichtlich von der IG Metall-Spitze geteilt, sonst hätte man in der Mitgliederzeitung eine andere Überschrift gewählt. Zwar kündigt Wetzell

an, dass in den nächsten Jahren Druck für eine „gute Politik“ gemacht (und damit der Einfluss ausgeübt) werden soll, aber er sieht sich ebenso, wie sein Vorgänger Huber, nicht in der Rolle des Klassenkämpfers, sondern eher in der des „Krisenmanagers“. Huber war Protagonist einer solchen Politik. Nach der Bundestagswahl hat er in zahlreichen Interviews seine Erwartungen zu einer zukünftigen großen Koalition geäußert und damit auch die zukünftige politische Orientierung seiner Gewerkschaft dargelegt. Dabei griff er immer wieder auf seine Erfahrungen, die er mit Merkel während der Krise 2008 gemacht hat zurück. Nach seiner Meinung habe sich die Kanzlerin von Argumenten (eigentlich von ihm) überzeugen lassen, dass die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland erhalten bleibt. Diese „große Leistung“ habe bewirkt, dass es keine Entlassungen in der Krise gegeben habe. Die Bewältigung der großen Krise 2008 sei deshalb der beste Beweis, dass der Sozialstaat handlungsfähig ist. Das sei ein Erfolg der Mitbestimmung gewesen und Frau Merkel sei ja auch eine Protagonistin der Mitbestimmung. Und alles zusammen war deshalb nach Hubers Meinung „ein großer Sieg gegenüber der Theorie und der Politik der Neoliberalen“.

In der *Stuttgarter Zeitung* (18. 10. 2013) merkt Huber schließlich noch an: „Wenn nun 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die Union gewählt haben, ist das auch eine Herausforderung für Frau Merkel“. Und er meint dass es deshalb „eine Große Koalition für Arbeitnehmerfragen geben (muss) – vor allem mit einem gesetzlichen Mindestlohn und mehr Rechten für Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen“.

Ein historisches Ereignis

Betrachten wir uns nun einmal, wie sich inzwischen die „Große Koalition für Arbeitnehmerfragen“ darstellt. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass es einen gesetzlichen Mindest-



lohn in Höhe von 8,50 Euro flächendeckend geben soll. Allerdings erst in drei Jahren, ab dem Januar 2017. In der Zeit davor sind viele Ausnahmen möglich. Denkbare Ausnahmen von der Neuregelung könnten das Gastgewerbe oder die ostdeutschen Bundesländer sein. Weitere sind möglich, wenn man die bereits laufende, kontrovers geführte Diskussion betrachtet. Auch sind regionale oder Branchentarife zulässig, die weniger als 8,50 Euro Stundenlohn beinhalten, sofern der dort geltende Tarifvertrag niedrigere Mindestsätze vorsieht. Beginnen soll die Einführung erst in einem Jahr zum 1. Januar 2015. Vorher ist Funkstille und für die Niedrig- und Hungerlöhner heißt das – geduldig warten. Wie das „historische Ereignis“ des Armin Schild dann letztendlich aussieht bleibt abzuwarten. Schließlich ist ein Koalitionsvertrag kein verbindlicher, einklagbarer Notarvertrag, sondern letztlich nur eine Absichtserklärung. Die darin niedergeschriebenen Absichten können durch viele Faktoren beeinflusst und verändert werden.

Und diese werden von der Interessenslage der Kapitalisten und ihrer politischen Handlanger gesetzt. Zur Aufweichung des Vorhabens, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen dient das Arbeitsplatzargument. So tönt es von konservativer und liberaler Seite,

von Wirtschaftsverbänden und -instituten: „wenn mindestens 8,50 Euro in der Stunde bezahlt werden muss, werden massenhaft Arbeitsplätze gefährdet“. Die aktuelle Speerspitze bei der Kritik an dem Vorhaben Mindestlohn bildet die CSU. Der Koalitionsvertrag

war noch nicht unterzeichnet, da wurden von ihr bereits weitgehende Ausnahmeregelungen gefordert. So sollen auch nach 2017 Schüler, Studenten und Rentner, die stunden- und tagesweise arbeiten, keinen Mindestlohn erhalten. So sagte Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in der *Pas-sauer Neuen Presse* „... Schüler, Studenten und Rentner, die einen Zu-

verdienst haben, (sind) anders zu behandeln als Arbeitnehmer, die mit einer Vollzeittätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen.“ Die Dame tut so, als würde diese Personengruppe aus Jux und Tollerei zu Minilöhnen jobben. Vielmehr sind sehr viele aus dieser Gruppe schlichtweg darauf angewiesen, nebenher zu arbeiten, um eben diesen Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Auch der Wirtschaftsflügel der Union will keinen flächendeckenden Mindestlohn, und schon gar keinen, den der Bundestag festlegt. Von ihm wird beklagt, dass man es jetzt nicht mehr mit der marktwirtschaftlichen FDP, sondern der staatswirtschaftlichen SPD zu tun habe. Man wolle verhindern, dass „die Agenda 2010 zurückgedreht wird“, sagt der Vorsitzende der Mittelstandvereinigung der CDU, Carsten Linnemann zu dem Thema. Damit befindet er sich im Einklang mit den meisten anderen Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden. So hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände angekündigt, zu erwägen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen einen gesetzlichen Mindestlohn zu klagen. Deren Präsident Dieter Hundt erklärte in der *Stuttgarter Zeitung* im Oktober des letzten Jahres, dass durch einen Mindestlohn die Tarifautonomie beschädigt würde und erweiterte Mitspracherechte bei Werkverträgen für Betriebsräte ver-

fassungsrechtlich bedenklich wären. Diese führten zu Einschränkung der unternehmerischen Freiheit.

Dass den Herrschenden im Lande, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht, kein Argument zu primitiv und dumm ist zeigt in diesem Zusammenhang eine „Studie“ des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). In dem stellen deren „Wissenschaftler“ fest: „Der Mindestlohn macht die meisten Haushalte ärmer! Höhere Stundenlöhne würden sich laut der Studie nicht in höhere Realeinkommen umsetzen. Gerade für Haushalte der Mittelschicht könnte der Mindestlohn mit Einkommensverlusten einhergehen“ (FAZ 4. 11. 13).

...das ist nicht so ganz schlecht

Bei dieser konservativ-kapital-orientierten Ablehnungsfront könnte fast der Eindruck entstehen, dass die neue große Koalition kapitalfeindliche Zielstellungen verfolgt. Das tut sie natürlich nicht. Im Gegenteil! Auch bei der SPD ist die plötzlich neu entdeckte „Gerechtigkeitslücke“ und „Arbeitnehmerorientierung“ reine Taktik. Das zeigt nichts deutlicher als der Auftritt des damaligen Fraktionsvorsitzenden und heutigen Außenministers Frank-Walter Steinmeier auf dem Deutschen Arbeitgebertag am 19. November in Berlin des vergangenen Jahres. Auf dieser, von den Kapitalisten als „die wichtigste Tagung der gesamten deutschen Wirtschaft“ bezeichneten Veranstaltung, führte Steinmeier vor 1.500 Teilnehmern in einem Grußwort unter Anderem folgendes aus: „Wenn Sie sich in gerechter Weise zurückerinnern, dann hat es eigentlich die entscheidenden Steuerensenkungen, und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro, unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben. Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes, mit der Senkung des Eingangsteuersatzes, mit der Senkung der Unternehmenssteuern. Sie haben bis dahin ihre Kapitalsteuern, ihre Kapitalzinsen nach dem Einkommenssteuergesetz bezahlt, und seit der Zeit nur noch für die Hälfte ungefähr nach dem Abgeltungssteuergesetz, das war damals immerhin sozialdemokratische Steuerpolitik. Und ich finde bis heu-

te, das ist das nicht so ganz schlecht“ (Applaus! Nachseh- und hörbar ist das bei You-Tube „Minute 17“). Das Kapital hat also nichts zu befürchten. Staat und Bundesregierung werden sich auch in Zukunft um die Durchsetzung des kapitalistischen Gesamtinteresses kümmern. Und die Einführung eines Mindestlohns, gleich wie er dann auch schlussend-



lich aussieht, dient durchaus diesem kapitalistischen Gesamtinteresse. Die Gründe dafür liegen sowohl in der Innenpolitik, als auch in der Außenpolitik.

Schon in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl rückte die CDU von der totalen Verweigerung eines Mindestlohnes ab. Offiziell wurde zwar ein gesetzlicher Mindestlohn weiterhin abgelehnt, doch wurde festgestellt, es sei Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Menschen die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb sollen in Bereichen, in denen es keine Tarifverträge gibt, Arbeitgeber und Gewerkschaften gesetzlich verpflichtet werden, einen tariflichen Mindestlohn festzulegen. Die Richtung war damit vorgegeben und es war schließlich auch klar, dass die Union über das SPD-Stöckchen „flächendeckender Mindestlohn“, springen würde. Für die SPD gab es an diesem Punkt in den Verhandlungen auch nur wenige Kompromissmöglichkeiten. Ihr Ziel ist, bei ihrer traditionellen Klientel wieder an Boden zu gewinnen. Mit der Forderung nach einem Mindestlohn soll der anhaltende Niedergang gestoppt werden. Der flächendeckende Mindestlohn musste daher im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden, gleichgültig, was in den kommenden Jahren dann auch tatsächlich sein wird.

Der ideelle Gesamtkapitalist

Friedrich Engels bezeichnete den Staat treffend als „ideellen Gesamtkapitalisten“. Er ist ein Mittel der herrschenden Klasse, was aber trotzdem bedeuten kann, dass seine Maßnahmen und Gesetze durchaus in Widerspruch zum Interesse einzelner Kapitalisten stehen können. Mit dem Vorhaben einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, nimmt die neue Bundesregierung diese Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten wahr. Da sich innenpolitisch die sozialen Verwerfungen drastisch zuspitzen, muss sie etwas tun um den „sozialen Frieden“ nicht zu gefährden.

Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa. Rund 20 Prozent der abhängig Beschäftigten sind davon betroffen. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die in diesem Sektor arbeiten, liegt inzwischen bei rund fünf Millionen Menschen. Mehr als dreieinhalb Millionen Beschäftigte arbeiten für weniger als sieben Euro brutto pro Stunde. Und über 1,2 Millionen wurden sogar mit einem Stundenlohn von weniger als fünf Euro abgespeist. Selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung liegt das monatliche Erwerbseinkommen bei solchen Stundenlöhnen höchstens bei rund 800 Euro, eher noch darunter. Nicht einmal Alleinstehende können von solchen Hungerlöhnen leben. Es ist deshalb kein Wunder, dass immer mehr Menschen zwei oder mehr Stellen haben. Fast drei Millionen „Multi-Jobber“ gibt es inzwischen in Deutschland. Da kann eine Angel Merkel natürlich leicht sagen: „Es gibt in Deutschland so viele Arbeitsplätze, wie wir nie hatten“. (Süddeutsche Zeitung 2. 9. 13) Diese Negativ-Entwicklung ist das Ergebnis der ganz großen Koalition, gebildet aus CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne/Unternehmerverbänden, sowie der Flucht der Kapitalisten aus den Tarifverträgen. Nur noch ungefähr 50 Prozent der Beschäftigten unterliegen inzwischen einem Branchen- bzw. Flächentarifvertrag. Hinzu kommt, dass durch die Schröder'sche Agendapolitik und die so genannten Hartz-Reformen das gesamte Lohngefüge unter Druck kam. Explosionsartig breiteten sich prekäre Jobs, Leiharbeit und Werksverträge aus. Diese Wirtschaftsbereiche und die ta-

riflosen Betriebe sind heute quasi gewerkschaftsfreie Zonen. Eine Besserung der Lage ist daher nicht in Sicht.

Deutschland geht es gut...

Die einzelnen Kapitalisten können natürlich mit dieser Situation gut leben. Sie wollen deshalb auch keine Veränderungen und zetern entsprechend laut. Doch auf die Dauer kann der momentane Zustand aber zum Problem werden, insbesondere dann wenn die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie wieder deutlicher sichtbar werden. Zwar scheint im Moment in der BRD die Welt in Ordnung zu sein. Die Wirtschaft wächst, wenn

auch langsam. „Deutschland hat sich vom kranken Mann Europas zur wirtschaftlichen Lokomotive hochgearbeitet“, meint das Wall Street Journal Deutschland im August des letzten Jahres. Die Arbeitslosenquote ist mit rund 6,5 Prozent (Oktober 2013) so niedrig wie schon lange nicht mehr. Gleichzeitig bewegt sich die Zahl der Erwerbstätigen auf dem höchsten Niveau in der Geschichte der BRD. Im Juli 2013 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 41,8 Millionen erwerbstätig. „Deutschland geht es gut“, sagte deshalb die Kanzlerin im Wahlkampf. Von der Bevölkerungsmehrheit wird das – und das zeigt auch das Bundestagswahl-Ergebnis – offensichtlich ebenfalls so wahrgenommen. Dabei spielt es keine Rolle, dass es sich bei genauerem Betrachten dabei um mehr Schein als Sein handelt. Diejenigen, die in prekären Verhältnissen leben, die zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, werden in der öffentlichen Wahrnehmung einfach ausgeblendet. Doch ist die Zahl derer inzwischen so groß, dass sie von der Politik nicht mehr einfach übersehen werden können. Sie bilden, trotz ihrer aktuellen Passivität und des „geduldigen“ Hinnehmens ihrer Situation ein potentiell Risiko für die bürgerliche Klasse, insbesondere dann, wenn diese Schicht weiter anwachsen sollte.

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik werden aber in Zukunft nur

stabil bleiben, wenn es auch weiterhin ein Programm sozialstaatlicher Sicherungen zum Abbau der sozialen Ungleichheit gibt, wenn die schlimmsten Verwerfungen einigermaßen ausgeglichen werden.

Zwar besteht aktuell keine Aussicht, dass sich eine breite soziale Bewegung gegen die neoliberale Politik der Bundesregierung und die kapitalistischen Verhältnisse im Lande ent-



wickelt. Eine Mehrheit der Menschen im Lande ist zweifellos mit den politischen und ökonomischen Verhältnissen einverstanden. Das gilt nicht nur in Deutschland, sondern selbst in jenen europäischen Ländern, die aktuell tief in der Krise stecken. Doch die Zustimmung wird brüchiger.

Anfang des letzten Jahres stellte die Universität Jena Ergebnisse einer soziologischen Studie zum Arbeiterbewusstsein vor. Danach finden 80 Prozent der Befragten im Osten und 74 Prozent im Westen, dass der gesellschaftliche Wohlstand gerechter verteilt werden müsse und mehr als die Hälfte ist der Meinung, dass die heutige Wirtschaftsweise auf „Dauer nicht überlebensfähig“ sei. Allerdings zeigt sich auch die Tendenz einer schleichenden Entsolidarisierung. Vor allem westdeutsche Arbeiter finden: Es reicht nicht mehr für alle und nicht jeder – zum Beispiel Leiharbeiter – könne noch mitgenommen werden. In der Krise 2008/2009 gelang es den Betriebsräten und Gewerkschaften die Stammebelegschaften vieler Betriebe zu sichern. Vor allem in den Großbetrieben entwickelte sich aber aus dieser Erfahrung eine Art Wagenburgmentalität. Man setzt alles daran, als Stammarbeiter, nicht aus dem scheinbar gesicherten Sektor „Großbetrieb“ herauszufallen. Das Beispiel der entlassenen Leiharbeiter und Befristeten ist noch zu gut in der Erinnerung. Es machte den

Beschäftigten deutlich, was passiert, wenn man nicht zu der privilegierten Stammebelegschaft gehört.

Das Risiko sozialer Unruhen

Doch diese scheinbare Sicherheit kann schnell vorbei sein. Die Weltwirtschaft zeigt sich aktuell alles andere als stabil. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind weltweit noch immer nicht überwunden. Deutschland kam in den Jahren 2010 und 2011 nur dank der boomenden Nachfrage aus China und anderer Schwellenländer, sowie milliardenschwerer Konjunkturpakete aus der Krise heraus.

Darin liegt die große Schwachstelle der bundesdeutschen Wirtschaft. Einer starken deutschen Exportorientierung steht ein schwach ausgeprägter Binnenmarkt gegenüber. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die kommenden vier Jahre, nicht wie die vergangenen drei Jahre von einer weiteren wirtschaftlichen Erholung geprägt sind, sondern, dass es erneut zum Ausbruch der Krise kommt. Sollte das der Fall ein, hat das sofort umfassende Auswirkungen auf die Exportindustrie. Die Krise 2008/2009 hat gezeigt, wie schnell die Automobil- und Zulieferindustrie, sowie der Maschinenbau in große, teilweise existenzielle Schwierigkeiten kommen können. Sollte sich eine vergleichbare Entwicklung in naher Zukunft wiederholen, wird alles um einen Zacken schwieriger werden. Aufgrund der weltweiten drastischen Staatsverschuldungen, werden Konjunkturprogramme so wie gehabt, kaum wieder auflegbar sein. Auch nicht in Deutschland mit einer Staatsverschuldung von mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und einer, in das Grundgesetz aufgenommenen, Schuldenbremse. Die wahrscheinliche Folge: Firmenzusammenbrüche und eine noch nicht gekannte Massenarbeitslosigkeit.

Natürlich weiß heute niemand, was in einem solchen Fall tatsächlich geschieht. Aber sicherlich würde bei den Lohnabhängigen das Vertrauen in das kapitalistische Wirtschafts-

system deutlich erschüttert, denn es wären wieder sie, auf die die Krisenlasten abgewälzt würden. Die Zahl der bereits Ausgegrenzten würde drastisch steigen und ein Widerstandspotential bilden, das weit über dem liegt, was wir bei den Montagsdemonstrationen anlässlich der Hartz IV-Gesetzgebung vor einigen Jahren erlebt haben. In welche politische Richtung eine solche Bewegung liefe, ist allerdings offen. Die andauernde Krise in Europa begünstigt die Entwicklungsbedingungen autoritärer, nationalistischer, faschistischer und populistischer Parteien, wie zum Beispiel der AfD in Deutschland.

Und schon gibt es Stimmen aus dem bürgerlichen Lager die vor möglichen Gefahren warnen. So sieht Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, demokratiegefährdende Tendenzen in den südeuropäischen Krisenländern, analog der Entwicklung in der Weimarer Republik. Und die ILO prognostiziert drohende Krawalle durch die Arbeitslosigkeit. Danach nimmt das Risiko sozialer Unruhen in vielen Industriestaaten zu. Natürlich ist das auch den Herrschenden und Regierenden hierzulande bewusst. Ihnen liegt daran, solche Entwicklungen möglichst zu verhindern. Denn nur so können sie sichere Bedingungen für die Kapitalverwertung garantieren.

Darin liegt auch der tiefere innenpolitische Grund für die jetzige Bereitschaft einen Mindestlohn zu gewähren. Es gilt den Sprengsatz „soziale Ungerechtigkeit“ zumindest teilweise zu entschärfen um die Massenloyalität der abhängig Beschäftigten zum bürgerlichen Staat und den herrschenden Produktionsverhältnissen zu erhalten.

Außenpolitische Gesichtspunkte

Am 2. April 2013 schreibt die *Süddeutsche Zeitung*: „(Es entsteht..) das Bild vom hässlichen Deutschen, der dem übrigen Europa sein Wirtschaftsmodell aufzwingt: In vielen Nachbarländern droht die Wut der Straße zur offiziellen Politik mit antideutschen Zügen zu werden“. Die Wut ist nicht unbegründet. Die deutsche Wirtschaft ist dabei andere Euro-Länder auf doppelte Weise

zu erdrosseln. So wird seit Jahren in den anderen EU-Ländern Kaufkraft abgeschöpft. Das geschieht, weil durch die erdrückende Wettbewerbskraft maßgebender deutscher Industriezweige die anderen nur noch schwer mithalten können. Gleichzeitig wird in Deutschland selbst die Nachfrage gedrosselt, weil die Binnenkaufkraft nicht im notwendigen Maße da ist. Das hat zur Folge, dass die anderen europäischen Länder an der hiesigen Nachfrage kaum partizipieren können.

Die Hauptursache für die Abschotung des deutschen Inlandsmarktes liegt in der politisch gewollten Ausbreitung von Niedriglöhnen und, an einer insgesamt seit mehreren Jahren rückläufigen Reallohnentwicklung. So hat im vergangenen Jahr Belgiens Regierung Deutschland bei der EU-Kommission angezeigt, weil sich das Land mit niedrigen Löhnen unfaire Wettbewerbsvorteile in der EU verschafft. Den Vorwurf, die Deutschen halten ihre europäischen Partner mit Dumpinglöhnen nieder, hört man inzwischen nicht nur in Europa. Die Kritik kommt inzwischen von allen Seiten. So forderte jüngst der Vize-Chef des Internationalen Währungsfonds nach Informationen des *Spiegel* eine konkrete Obergrenze für die Überschüsse der Bundesrepublik. Im November letzten Jahres hatte das US-Finanzministerium in seinem halbjährlichen Bericht an den Kongress erklärt, dass die starke deutsche Exportorientierung eine weitere Entspannung der Euroschuldenkrise behindere und in Europa wie auch der Welt deflationäre Tendenzen auslöse. Um die Anpassungsprozesse zu unterstützen, sollten Überschussländer wie Deutschland ihre Binnennachfrage stärken und Handelsbilanzüberschüsse zurückfahren (ND 4. 11. 2013).

Die Einigung auf einen Mindestlohn im Koalitionsvertrag, dient deshalb außenpolitisch auch dazu, der wachsenden Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik, den Wind aus den Segeln zu nehmen. So äußerte sich Frankreichs Präsident Francois Hollande erfreut im *Tagesspiegel* (2. 12. 13) zum vereinbarten Mindestlohn „Dies war eine Forderung, die wir seit langem an Deutschland hatten“. Doch es ist kaum anzunehmen, dass sich das Problem der deut-

schen Handelsbilanzüberschüsse verringert. Nicht nur wegen der langen Zeitschiene bis zur Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes. Es gibt zu viele Möglichkeiten einer Aufweichung der angekündigten Maßnahme. Ganz abgesehen von der Beeinflussung durch eine negative konjunkturelle Entwicklung.

Druck für eine „gute Politik“

Erinnern wir uns: Detlef Wetzel von der IG Metall hat angekündigt, dass in den nächsten Jahren Druck für eine „gute Politik“ gemacht würde. Wie ein solcher Druck aber aussehen soll damit ein wirklich flächendeckender Mindestlohn durchgesetzt wird, sagt er nicht. Mit den Betroffenen wird das wohl nicht gehen. Sie sind nur wenig organisiert, in den Betrieben meist isoliert und oft auch eingeschüchtert. Die Gewerkschaften sind in den Niedriglohnbereichen nicht in der Lage die Faust zu zeigen. Ein wirklich flächendeckender Mindestlohn aber, der in seiner Höhe(!) – und das wären mehr als 8.50 Euro in der Stunde – auch tatsächlich ein Leben in Würde ermöglichte, müsste erkämpft werden. Und zwar auf der Straße durch den persönlichen Einsatz der Betroffenen. Das am Ende stehende Ergebnis wäre dann das Resultat dieses Klassenkampfes und würde konkret das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zum Ausdruck bringen. Findet dieser Kampf nicht statt, und das wird aus objektiven Gründen so sein, bleibt Wetzel nur noch das Gespräch mit seinen „Parteifreunden“. Es wird sich dann zeigen wie groß der Einfluss auf die Regierungspolitik, der ja angeblich „noch nie so groß war, wie heute war“, dann tatsächlich ist. Aber auch dieses Ergebnis ist dann ganz konkret Ausdruck der realen Klassen-Kräfteverhältnisse in Deutschland.



Verantwortung zum Krieg

Schwarz-Rote Weltmachtambitionen



Mitten in den Koalitionsverhandlungen legten die Verhandlungsführer von CDU/CSU und SPD Anfang November 2013 in einem vorläufigen Papier die Marschroute für die künftige Außen- und Militärpolitik fest. Laut der FAZ (6.11.2013), die sich auf Quellen aus dem Verhandlungskreis berief, sei man sich darin in den meisten Punkten einig gewesen: „In der Außenpolitik haben die Koalitionsunterhändler (...) fast vollständig vom selben Blatt gesungen. Die Positionen und Standpunkte (...) unterscheiden sich nur noch in ganz wenigen Punkten.“

Als wesentlichen „Fortschritt“ machte der Artikel die im Gegensatz zu früheren Schwarz-Roten Papieren inzwischen offen reklamierten Großmachtambitionen aus: „Einen Unterschied zum Koalitionsfundament des Jahres 2005 markiert die außenpolitische Präambel des aktuellen Entwurfes. Die Formulierungen markieren einen Abschied von der Kultur außenpolitischer Zurückhaltung, die frühere Grundsatztexte prägte. Stattdessen haben die Teilnehmer, wie es aus der Verhandlungsrunde heißt, eine selbstbewusste Rolle Deutschlands beschrieben, die mit dem Bekenntnis beginnt, die Bundesregierung wolle die globale Ordnung aktiv mitgestalten.“

Schon seit Jahren hatten interessierte Kreise gefordert, diese – angebliche – Kultur der (militärischen) Zurückhaltung endgültig ad acta zu legen. Diese Bemühungen trugen augenscheinlich Früchte, stellen sie doch das Kernelement der am 19. November 2013 abschließend veröffentlichten Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik dar.

Neue Macht – Neue Verantwortung

Selbstredend fielen die Anfang November veröffentlichten Aussagen nicht vom Himmel, worauf etwa German-Foreign-Policy.com hinweist: „Die offensiven Ankündigungen des gemeinsamen Strategiepapiers knüpfen unmittelbar an jüngste Vorstöße aus Berlin an, die in den vergangenen Wochen ein deutlich stärkeres deutsches Ausgreifen in alle Welt gefordert haben.“ Neben zahlreichen Journalisten wie etwa Klaus-Dieter Frankenberger (IMI-Aktuell 2013/232) oder Sicherheitsexperten wie Markus Kaim (IMI-Aktuell 2013/226), die die – angebliche – „Kultur der Zurückhaltung“ geißelten, erwies sich vor allem auch Bundesprä-

sident Joachim Gauck als Wegbereiter des neuen deutschen Weltmachtanspruches, wie German-Foreign-Policy.com betont: „In enger Abstimmung mit dem außenpolitischen Establishment in der deutschen Hauptstadt hat etwa Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum diesjährigen Nationalfeiertag erklärt, Deutschland sei ‚bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt‘; er lehne es ab, ‚dass Deutschland sich klein macht.‘“ Zuletzt übernahm ein von 50 führenden Vertretern des außenpolitischen Establishments erstelltes Papier nahezu wortgleich diesen Gedanken. Der vielsagende Titel des von Stiftung Wissenschaft und Politik und German Marshall Fund veröffentlichten Strategiedokuments lautet: „Neue Macht – Neue Verantwortung“. In dem zwischen November 2012 und September 2013 erarbeiteten Pamphlet heißt es etwa: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“ Deutschland habe ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und habe hierfür als eine der Führungsmächte des Systems künftig größere Verantwortung zu tragen, so die Kernaussage des Papiers. Ein Dissens herrschte zwischen den einzelnen an der Erstellung des Papiers beteiligten Exponenten deutscher Großmachtambitionen dabei lediglich, ob militärische Gewalt ausschließlich mit einem Mandat der Vereinten Nationen ausgeübt werden dürfe oder – natürlich nur im „Ausnahmefall“ – auch ohne. Über die grundsätzliche Frage, dass nämlich „Störer“ des für Deutschland so hochprofitablen Systems gegebenenfalls militärisch zur Ordnung gerufen werden müssen, herrschte traute Einigkeit: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote

oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“

Koalitionsvereinbarung: Ende der Zurückhaltung

Diese engagiert in den Eliten geführte Debatte und die darin formulierten Forderungen flossen nun in die seit 19. November 2013 im Internet auffindbare und den Verhandlungsprozess für diesen Bereich abschließende „Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD“ der „AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte“ und später auch in den Koalitionsvertrag ein.¹ Die Präambel klingt, als wäre sie nahezu wortgleich aus dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ abgepinselt worden: „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten. (...) Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.“ Ganz so friedlich, wie man sich in der Präambel der Koalitionsvereinbarung gibt, will man Deutschlands „internationale Verantwortung“ nun aber doch nicht gewahrt wissen. So wird für die EU eine „strategische Diskussion“ eingefordert, über die geklärt werden solle, „was sie mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann und will.“ Gleichzeitig bekennt man sich konsequenterweise auch zu einer „starken Verteidigung“ und betont: „Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus.“²

Bei alledem sollte man auf keinen Fall den Fehler begehen zu denken, die SPD müsste hier zum Jagen getragen werden, wie etwa der Tagesspiegel (05.11.2013) betont: „Zur Vorgeschichte des offensiven Ansatzes gehört, dass die SPD in den vergangenen vier Jahren im-

mer wieder kritisiert hatte, die Außenpolitik unter Minister Guido Westerwelle (FDP) bleibe unter ihren Möglichkeiten und nutze in Konflikten wie Iran, Naher Osten und Syrien ihren Handlungsspielraum und ihren potenziellen Einfluss nicht aus.“³ Geradezu triumphierend freut sich die Welt (19.11.2013), dass mit der abschließend veröffentlichten Koalitionsvereinbarung, der – aus Sicht des Blattes grundfalschen – „Westerwelle-Doktrin“ außenpolitischer Zurückhaltung in trauter Einigkeit eine klare Absage erteilt wurde: „Einig waren sich Union und SPD aber tatsächlich immer dann, wenn es darum ging, die Doktrin des amtierenden Außenministers Guido Westerwelle (FDP) zu beerdigen. So ist die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer ‚Kultur der Zurückhaltung‘ leiten, im neuen Vertrag nicht mehr enthalten.“ Verhandlungsführer für die CDU war Verteidigungsminister Thomas de Maizière, der schon im Mai 2011 in seiner „Rede zur Neuausrichtung der Bundeswehr“ die heutige Marschroute vorgab, als er sagte, der „Einsatz von Soldaten“ könne auch dann erforderlich sein, „wenn keine unmittelbaren Interessen Deutschlands erkennbar sind. Für andere demokratische Nationen ist so etwas längst als Teil internationaler Verantwortung selbstverständlich. Wohlstand erfordert Verantwortung.“ Doch dieses Gerede von der – militärisch umzusetzenden – internationalen Verantwortung ist nichts anderes als

der wenig verklausulierte Versuch, mit der „Kultur der Zurückhaltung“ zugunsten einer auf Gewalt gestützten Weltmachtspolitik endgültig aufzuräumen. So schreibt etwa der Politikprofessor Gunther Hellmann in einem Beitrag für die Internationale Politik – nach eigenem Bekunden „Deutschlands führende außenpolitische Zeitschrift“ – über die machtpolitischen Hintergründe dieser Verantwortungsrhetorik: „Deutschland, so heißt es, hat ‚Führungsverantwortung‘ zu übernehmen. Eine ‚Kultur der Zurückhaltung‘, wie sie in Bonner Zeiten verstanden wurde, ist mit einer derart gewachsenen außenpolitischen ‚Verantwortung‘ nicht mehr vereinbar, sei es im Kontext der EU oder in Afghanistan. (...) Berlin sagt ‚Verantwortung übernehmen‘, meint aber ‚Macht ausüben‘.“

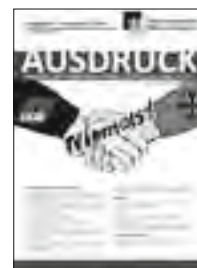
Jürgen Wagner

Nachdruck aus: AUSDRUCK,
Magazin der Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.,
Ausgabe 6, Dezember 2013

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

imi@imi-online.de – www.imi-online.de



1 Zwar sind beide Dokumente nicht vollständig deckungsgleich, aber die folgenden Zitate finden sich jeweils in der Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD, AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte, 19.11.2013 (http://augengerade-aus.net/up-content/uploads/2013/11/KOA_Aussen-Verteidigung-Entwicklung.pdf) und im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode. 3. Entwurf, Stand 26.11. 00:20 (<http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag-entwurf100.pdf>).

2– Deshalb müsse laut Koalitionsvereinbarung der „Steigerung der Attraktivität des Auftraggebers Bundeswehr“ hohe Priorität zukommen. Als Teil einer solchen „Attraktivitätssoffensive“ wird u.a. der „Aufbau der Kinderbetreuung (...) für mehr Familienfreundlichkeit“ genannt. Ferner wird ein grundsätzliches Bekenntnis zur Propagandatätigkeit im Inland abgegeben, um über die Tätigkeit der Truppe „aufzuklären“: „Der Dialog der Bundeswehr mit der Gesellschaft soll insbesondere mit jungen Menschen geführt werden. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“

3– Westerwelle setzte sich in einem Interview in der Welt (10.11.2013) mit dieser Kritik auseinander und hielt ihr entgegen: „Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, dass ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muss. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht.“

Der Krieg beginnt hier!



Die deutsche Friedensbewegung hat sich mit dem neuen Jahr auf eine veränderte Regierungspolitik einzustellen. Das frisch vereidigte Bundeskabinett will eine Reihe von bisher noch vorhandenen Bremsen im Bereich Außenpolitik lösen. Die Welt schrieb am 19. November: „Einig waren sich Union und SPD aber tatsächlich immer dann, wenn es darum ging, die Doktrin des amtierenden Außenministers Guido Westerwelle (FDP) zu beerdigen. So ist die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer ‚Kultur der Zurückhaltung‘ leiten, im neuen Vertrag nicht mehr enthalten.“

CDU/CSU und SPD geben sie Schritt für Schritt auf. Äußerungen wie die folgende wird es von einem deutschen Außenminister so schnell nicht mehr geben: „Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, daß ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muß. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht. (...) Ich glaube nicht, daß Syrien eine bessere Entwicklung nähme, wenn jetzt eine militärische Interventi-

on stattfände. Deswegen hat sich auch die Bundesregierung dagegengestellt. Es gibt in Syrien keine Alternative zu einer Verhandlungslösung.“

Statt Westerwelle ist, nach vier Jahren Abstinenz, wieder der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier Außenminister. Zuvor war er 1999 in der „rot-grünen“ Regierung von Gerhard Schröder und Joseph Fischer – eben jenem Kabinett, das den (Angriffs-) Krieg in die deutsche Außenpolitik zurückbrachte – zum Chef des Kanzleramts und damit auch zum Koordinator der Geheimdienste berufen worden. Mit Steinmeier gibt es eine Kontinuität sozialdemokratischer Kriegspolitik.

Ihre genauere Ausrichtung ist aber – wie bei vielen anderen Themen – noch strittig. Springers *Bild* berichtete vom Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 19./20. Dezember 2013 in Brüssel: „Und auch beim Hauptthema des ersten Gipfeltages, der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, waren die Großkoalitionäre noch nicht so richtig einer Meinung. Die Kanzlerin gab sich in Sachen Unterstützung von EU-Auslandseinsätzen eher wortkarg. Zu den Forderungen Frankreichs, sich am Militäreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik zu beteiligen, sagte sie nur: ‚Wir als Europäer können nicht überall auf der Welt die Probleme lösen, sondern wir müssen die Regionen befähigen, ihre Probleme lösen zu können.‘ SPD-Mann Schulz¹ zeigte sich dagegen viel großzügiger: ‚Daß die Staaten, die militärische Einsätze zum Schutz auch der Interessen Europas or-

ganisieren und bezahlen müssen, eine gewisse Solidarität von den anderen, die daran nicht beteiligt sind, erhalten, ich finde, das ist ein diskutierenswerter Vorschlag.“² Jedenfalls stellte sich Schulz damit hinter Frankreichs Präsident François Hollande. Der forderte zum Gipfelauftritt eine dauerhafte EU-Kriegskasse, aus der Einsätze wie der in Zentralafrika mitfinanziert werden sollten, auch im nachhinein. Er habe für die von Frankreich zunächst alleine begonnene Mission zum Schutz der Bevölkerung in dem krisengeschüttelten Land „viel Unterstützung von den europäischen Regierungen bekommen, praktisch von allen“, sagte Hollande. „Also müssen die Finanzierungsbeiträge dieser Unterstützung folgen.“² Die Christdemokraten wollen sich auf die direkten Interessengebiete des deutschen Kapitals konzentrieren und die jeweiligen regionalen Bündniskräfte mit Waffen und Ausbildungshilfen unterstützen. Sozialdemokratische Linie ist es, weltweit mit Soldaten und Interventionen sowie der Finanzierung von beidem „deutsche“ Interessen durchzusetzen.

Wer unter solchen Voraussetzungen noch glaubt, daß eine „rotrot-grüne“ Koalition im Bund eine reale Option ist, betreibt illusionäre „Realpolitik“. Von der Partei Die Linke und allen Friedensorganisationen ist daher solide Oppositionsarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments gefordert. Debatten über die Aufweichung von friedenspolitischen Positionen in der Partei Die Linke wegen einer angestrebten Regierungsfähigkeit sind

verantwortungslos. Nicht die außenpolitischen Vorstellungen der nun stärksten Oppositionspartei müssen sich ändern, sondern SPD und Grüne müssen von ihrer Fixierung auf Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln abgebracht werden.

Militarisierung im Innern

Zum ersten Mal, bezogen auf die Koalitionsverträge der jüngeren Geschichte, gibt es im aktuellen einen positiven Hinweis auf Atomwaffen: *„Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.“* Die letzten Regierungen hatten hier zumindest erklärt, daß ein Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus der Bundesrepublik angestrebt werde – auch wenn dies nie umgesetzt wurde und die „nukleare Teilhabe“ ein wichtiger Aspekt der Politik aller bisherigen Bundesregierungen blieb. Die Friedensbewegung und die Partei Die Linke sollten nun, da von US-Seite auch noch eine Modernisierung der Atomwaffen geplant ist, verstärkt deren vollständigen Abzug fordern. Die Nuklearbomben sind in Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert. Aktionen vor dem dortigen „Fliegerhorst“ bieten sich regelrecht an. Es müssen ja nicht gleich Massendemonstrationen wie in den 1980er Jahren sein. Auch gilt es für Linkspartei und Friedensbewegung, Gliederungen der SPD damit zu konfrontieren, daß „ihre“ Koalition sich für Atomwaffen in Deutschland einsetzt.

Ebenso wird der Propaganda und den Werbefeldzügen der Militärs in staatlichen Einrichtungen das Wort geredet: *„Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“* Damit nicht genug: *„Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzustellen. Feier-*

liche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft. Die Koalition unterstützt den fortgesetzten Dialog der Bundeswehr in und mit der Gesellschaft. Die Verantwortung für unsere Veteranen wollen wir gemeinsam tragen. Dies gilt auch für die Fürsorge für Verwundete und Versehrte und die würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere Gefallenen und Toten.“

Erstmals ist von „Veteranen“ der Bundeswehr in einem Koalitionsvertrag die Rede. Dies ist ein Indiz



dafür, daß unter der neuen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit einer verstärkten Propagandaoffensive für die Armee und ihre Auslandseinsätze zu rechnen ist. Die Aufgabe der Friedensbewegung und der Linkspartei ist es – wie bisher –, überall im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich dagegenzuhalten. Es muß selbstverständlich werden, daß die Soldaten an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen haben. Aktionen wie gegen Militär- und Kriegsforschung an Hochschulen (Stichwort: Zivilklausel-Bewegung) und „Schulfrei für die Bundeswehr“ sollten bundesweit an allen Bildungseinrichtungen stattfinden. Häufig betreiben Universitäten, an denen eine Zivilklausel durchgesetzt werden konnte, trotzdem Rüstungs- oder zivil-militärische (Auftrags-) Forschung. Allein die Unterzeichnung einer solchen Vereinbarung genügt deshalb nicht. Wissen zum Zusammenhang von Forschung und Militär kann durch Diskussionsveranstaltungen und anderen Aktionen

weiter in die Studierendenschaft und unter die Dozenten getragen werden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bietet sich als Partnerin an, sie hat sich gegen eine Militarisierung des Bildungswesens ausgesprochen. So wird auch der Diskurs unter Lehrkräften forciert.

Die neue Bundesregierung baut die „Regionalen Sicherungs und Unterstützungskräfte (RSUKr)“ der Bundeswehr weiter auf (siehe jW-Thema vom 3.4.2013). Diese aus Reservisten gebildeten Einheiten sollen den soge-

nannten Heimatschutz sichern. Mit ihrer Einrichtung soll die zivil-militärische Zusammenarbeit verstärkt und die Bundeswehr gesellschaftlich verankert werden. Die Linkspartei hat in ihrem Bundestagswahlprogramm die Auflösung der RSU-Kräfte gefordert. Daran ist festzuhalten. Ein nächster Schritt wäre folgerichtig, die Heimatschutzeinrichtungen vor Ort öffentlich zu machen und die Bevölkerung über diesen Akt der Militarisierung aufzuklären. Hier bieten sich Anträge in allen Kommunen und die Thematisierung und Ablehnung dieser Einrichtungen während der kommenden Kommunalwahlkämpfe an.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom August 2012 gibt mit der schwammigen Formulierung zu Einsätzen des Militärs in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ den Handlungsrahmen für Aktionen der Bundeswehr im Inneren vor. Die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wehrte solche Einsätze noch ab. Das muß jetzt nicht mehr so sein,

so daß die Aktivierung von Soldaten auch bei Demonstrationen droht. Es müßte eine Stimmung gegen Bundeswehreinätze im Innern entwickelt werden. Die Möglichkeiten sind groß, denn Friedensbewegung und Linkspartei können an diesem Punkt mit Bürgerrechtsgruppen und Gewerkschaften zusammenarbeiten. In letzteren ist hier schon durch den Affront der DGB-Spitze eine Diskussion entbrannt: Sie hat im letzten Jahr die Kooperation mit der Bundeswehr gesucht und so beim „sicherheitspolitischen“ Seminar Proteste von der Basis und einige kritische Stellungnahmen von Gewerkschaftsvertretern provoziert. Laßt uns die Friedenskräfte in den Gewerkschaften argumentativ und durch Aktionen stärken.

Strategien für EU und NATO

Die verstärkten Inlandsaktivitäten korrespondieren mit dem Streben nach einer intensiveren militärischen Rolle im Ausland. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: *„Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus.“* Dafür baut die Bundeswehr verstärkt auf Kooperation. Dazu heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag: *„Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muß mit dem Parlamentsvorbehalt³ vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie die Parlamentsrechte gesichert werden können.“* Hier sollte die Friedensbewegung hellhörig werden, denn das Gegenteil wird der Fall sein: Via EU- und NATO-Einsätze ist geplant, die Axt an den Parlamentsvorbehalt anzulegen. Es sollen wohl noch häufiger als bis jetzt schon deutsche Truppen am Parlament vorbei im Ausland eingesetzt werden.

Ein weiterer strategischer Zug der neuen Regierung ist die EU-Erweiterung im Kontext der NATO-Ausdehnung – besonders in Richtung Osteuropa: *„Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten werden wir die Heranführung der Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO aktiv vorantreiben.“* Überhaupt setzt die große Koalition neben dem Nordatlantikpakt auf die Europäische Union

als Militärbündnis: *„Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähigkeiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräfteplanung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzustimmen. Doppelungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen komplementär zueinander sein.“* Hinter diesen Formulierungen versteckt sich die seit langem verfolgte Strategie zahlreicher Bundesregierungen, Hegemon in der EU und dadurch auch in der Welt zu werden. Der bald beginnende Wahlkampf um die Sitze im EU-Parlament ist die ideale Gelegenheit für die Friedensbewegung, die weitere Militarisierung des Bündnisses zu kritisieren und abzulehnen. In diesem Zusammenhang ist der Entwurf der Linkspartei für ihr EU-Wahlprogramm nützlich, wonach ein Neustart des Staatenbundes mit vollständig neuen Verträgen und Institutionen dringend erforderlich ist. Eine deutliche internationalistische linke Kritik an den Institutionen der EU und ihrer Politik ist und bleibt notwendig.

Bezüglich der NATO ist Klartext zu sprechen: Sie ist ein Kriegsbündnis und muß aufgelöst werden. Um dieses Ziel politisch zu realisieren, ist der Austritt Deutschlands aus deren militärischen Strukturen zu fordern. So steht es seit dem Erfurter Parteitag der Linkspartei vom Oktober 2011 in allen ihren Programmen. Dieses Ziel ist nicht nationalistisch. Vielmehr käme es beim heutigen Grad an Vernetzung („Pooling und Sharing“) innerhalb der NATO zu einer effektiven Behinderung des kriegerischen Staatenbündnisses.

Die jetzige Bundesregierung wird weiterhin auf „zivil-militärische Kooperation“ setzen, also auf die Einbindung von Entwicklungs- und humanitärer Hilfe in Militärstrategien zur Einflußsicherung, in einem Land, etwa in Afghanistan. Diese Zusammenarbeit kann von der Friedensbewegung nur abgelehnt werden. Der Willen der Bundesregierung ist es, daß auch nach dem sogenannten Abzug der Truppen eigene Soldaten am Hindukusch stationiert sind. Eine gewissenhafte und aufklärerische Auf-

arbeitung des Afghanistan-Einsatzes und die Forderung nach vollständigem Abzug von NATO und Bundeswehr sind notwendig.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsabwehr soll verstärkt werden. Frontex, die EU-Agentur zur Abschottung der Außengrenzen des Bündnisses, soll nun auch auf militärische Strukturen zugreifen können. Die Forderung nach Auflösung der Agentur und nach Beendigung der mörderischen Flüchtlingspolitik bleibt bestehen. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit von Friedens- und Refugee-Bewegung bzw. Organisationen zur Unterstützung von Flüchtlingen an. Gegen die Hetze von NPD und CSU kann eine Willkommenskultur etabliert werden. An manchen Orten funktioniert das schon ganz gut.

Was die Anschaffung von Kampfdrohnen angeht, will die große Koalition mit ihren Verbündeten auf dem Kontinent kooperieren und *„schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und Teilnahme am europäischen Luftverkehr“* schaffen. Dabei hat laut Koalitionsvertrag eine EU-Drohne gegenüber dem Kauf israelischer oder US-Drohnen Priorität. Der bereits erwähnte EU-Gipfel Ende Dezember 2013 hat dazu grünes Licht

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



gegeben. Die Kampagne gegen die „Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung“ ist für 2014 zentral. Es darf zu keiner Anschaffung von Killerdrohnen durch die Bundeswehr kommen.

Das Milliardengrab „Euro Hawk“, eine Aufklärungsdrohne, bietet ein weites Feld für Friedensarbeit inner- und außerhalb des Parlaments. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“ In diesem Zusammenhang ist das Bundestagswahlprogramm der Linkspartei hilfreich, in dem neben dem Verbot des Rüstungsexports auch das der Rüstungsproduktion bei gleichzeitiger Konversion der betroffenen Betriebe gefordert wird. Dies gilt es insbesondere im Jahr der 100. Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkrieges konkret etwa vor den entsprechen-

den Rüstungsbetrieben deutlich zu machen.

Der Feind steht im eigenen Land

Alle Orte an denen die Bundeswehr Kriege vorbereitet, müssen von der Friedensbewegung benannt werden: das Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt und, neben den Übungsplätzen z.B. in Ohrdruf in Thüringen oder Senne in Ostwestfalen-Lippe, das Kommando Spezialkräfte in Calw und das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow. Ebenso müssen die in Deutschland befindlichen Militärbasen der USA und Großbritanniens in den Fokus der politischen Auseinandersetzung. Die Forderung nach ihrer Schließung muß lauter werden. Erste Aktionen dazu gibt es beispielsweise gegen das in Stuttgart-Möhringen befindliche AFRICOM, von dem aus auch Drohneneinsätze in Somalia koordiniert werden. „Der Krieg beginnt hier!“ ist die Devise.

In Stuttgart-Vaihingen befindet sich das EUCOM und daran angegliedert das Europabüro der NSA. Das wurde bisher zu wenig thematisiert. Der „Dagger Complex“, ein Stützpunkt der US-Nachrichtendienste in Darmstadt-Griesheim, der größte US-Stützpunkt Ramstein und neuerdings das Gelände in Wiesbaden sind mit Blick auf den größten US-Geheimdienst ebenfalls zu nennen. Er hat dem Bundesnachrichtendienst geholfen, eigene Abhöreinrichtungen, etwa in Bad Aibling und Rheinhausen, aufzubauen. Gemeinsame Aktionen von Initiativen gegen den Überwachungswahn und der Friedensbewegung – auch vor diesen Einrichtungen – sollten ausgebaut werden.

Karl Liebknecht betonte 1907 in seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ die besondere Bedeutung des Antimilitarismus, den er als untrennbaren und zentralen Bestandteil des Antikapitalismus erachtete: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.“ Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen der SPD im August 1914 war der entscheidende Grund für einen Bruch in der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie spaltete sich später, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

gründete sich 1917, die KPD Ende 1918. Auch heute gilt: Wer sich für Kriegs- oder Militäreinsätze ausspricht, kann nicht glaubhaft für sich reklamieren, politisch links zu stehen.

Es hilft nur begrenzt weiter, die „Schuld“ an Krisen und Konflikten anderen in die Schuhe zu schieben: Wie schnell ist man etwa in Deutschland bereit, alle Probleme der Welt auf die Politik der USA zurückzuführen, die eigene Regierung oder die EU von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Auch hier bleiben Liebknechts Aussagen von bleibender Bedeutung. Im Mai 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, erschien sein berühmtes Flugblatt, in dem er den Gegner für die hierzulande lebenden Menschen klar und deutlich benannte: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“ Dies – immer zuerst und zentral gegen die „eigene“ Regierung – ist ein grundlegender Ansatz, den es bei allen politischen Aktivitäten zu bedenken gilt.

Tobias Pflüger

1– Martin Schulz ist sozialdemokratischer Präsident des EU-Parlaments

2– Bild vom 19.12.2013

3– Nur das Parlament kann über den Einsatz von Soldaten oder etwa eine Kriegserklärung entscheiden.

Nachdruck aus: AUSDRUCK,
Magazin der Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.,
Ausgabe 1, Februar 2014

Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

imi@imi-online.de – www.imi-online.de



Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Weltpolitische Krise: Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine



sicht auf den syrischen Bürgerkrieg erleben. „Verletzung des Völkerrechts“, Grausamkeiten der Kriegsführung usw. rechnen die konformistischen Medien der NATO-Staaten – und natürlich auch die Rußlands – immer nur der anderen Seite zu.

Es kommt nun wesentlich darauf an, wie es innenpolitisch in der

„der Regionen“ zu Fall gebracht. Die offene Einmischung des Westens sowie Mord und Totschlag disqualifizierten den Aufstand. Doch die Hauptgründe für die Empörung waren der längst in Gang befindliche Niedergang des Landes, Korruption, Ungerechtigkeit und die Perspektivlosigkeit innerhalb der bisherigen „Ordnung“. Der Westen hat den Aufruhr mit allen Mitteln angeheizt, auch mit fünf Milliarden Dollar für die „Opposition“, laut Aussage einer US-Spitzendiplomatin.

Die politischen Folgen der kapitalistischen Systemkrisen brechen auf

Wenn seit einiger Zeit in verschiedenen Teilen der Welt Bewegungen diffusen Charakters sich ausbreiten und gegen die jeweils herrschenden Regierungen protestieren, besteht eine der Hauptursachen in der sozialen Not und Aussichtslosigkeit, welche die kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzkrisen hervorgerufen haben. Auch die Ukraine wurde 2009 schwer davon betroffen, was ihre überkommene industrielle Rückständigkeit verstärkte und die Misswirtschaft der Oligarchen-Regierungen offenbarte. Dazu kommt, die Russen jenseits der Grenzen haben einen höheren Lebensstandard und in den Westgebieten der Ukraine lockt der Blick auf die angeblich „soziale“ Marktwirtschaft der EU-Länder. Doch Letzteres muß sich erst als vergeblicher Traum herausstellen. Wie bekannt, würden die unausbleiblichen Auflagen einer neuen „Troika“ die Ukrainer noch mehr ins soziale Elend stürzen, siehe Griechenland.

Kriege kommen nicht aus heiterem Himmel. Es sind eben die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, die die Katastrophenentwicklungen von Konjunktur-Krisen und Kriegen in sich bergen. Beide Kontrahenten im Ukraine-Konflikt, die USA/EU und auch Rußland, sind kapitalistische Gesellschaften und sie verhalten sich entsprechend: Sie sind ihrem We-

Beim Erscheinen dieser Nummer dauert die politische Krise in und um die Ukraine und um die Zukunft der Halbinsel Krim an. Im Kräftemessen zwischen dem offensiven Westen, angeführt von den nach weltweiter Dominanz strebenden USA und der sich an strategische Sicherheitspuffer (à la cordon sanitaire) klammernden Russischen Föderation werden inzwischen beiderseits Irrationalitäten sichtbar, die gefährlich und nur noch schwer in den Griff zu bekommen sind. Wird, nach dem blutigen Staatsstreich in Kiew, keine gangbare, für beide Seiten akzeptierbare diplomatische Schiene gefunden, könnten überstürzte Ereignisse sich zu militärischen Konflikten zwischen Rußland und der Ukraine ausweiten. Das ständige Vorrücken der NATO in Osteuropa bis an die russischen Grenzen (unter Bruch früherer westlicher Zusicherungen an Gorbatschow) und die Stationierung von Raketenabwehrsystemen bis vor die Haustüre (Verhinderung der Zweitschlagfähigkeit) wollte Moskau nicht tatenlos hinnehmen.

Aller Propaganda zum Trotz – in der Politik geht es vor allem um Interessenlagen, vor allem strategischer und wirtschaftlicher Art. Moralische Prämissen, die man selbst meist nicht einhält (z.B. bei dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien), sollen oft die wahren Absichten verschleiern. So rollt auch in Deutschland bezüglich des Konflikts um die Ukraine wieder eine mediale Hetzkampagne, wie wir sie ähnlich in Hin-

Ukraine weitergeht. Die Beteiligung der faschistischen Swoboda-Partei an der illegitimen Kiewer Regierung, der Terror der Rechten und die Pläne zur Benachteiligung der russischen Einwohner sind alarmierende Zeichen. Werden Teile des Staates sich abtrennen, wie die Krim? Wer rettet die Ukraine vor dem wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott? Wie wird der Westen politisch und wirtschaftlich auf die Intervention Rußlands auf der Krim reagieren? Sanktionen haben bekanntlich kurze Beine, da sie wie ein Bumerang zurückschlagen könnten. Merkels Töne werden leiser, da die deutsche Wirtschaft laut und deutlich vor Sanktionen warnt. Die Geldmittel, die der Westen den neuen Kiewer Machthabern und übergelaufenen Oligarchen in Aussicht stellt, sind völlig unzureichend und reichen nicht an russische Versprechungen heran.

Die Massen der Demonstranten hatten Janukowytschs Regierung

„Wir betonen, dass die Entwicklungen in der Ukraine mit der Intervention der EU und der USA verbunden sind. Sie sind die Folge des starken Konkurrenzkampfes dieser Kräfte mit Rußland zur Kontrolle der Märkte, der Rohstoffe sowie der Transportnetze des Landes. Das Volk der Ukraine, wie alle Völker Europas, hat kein Interesse daran, sich auf die Seite des einen oder des anderen Imperialisten, des einen oder des anderen Wolfsbündnisses zu schlagen.“

Auszug aus der Erklärung von 31 „kommunistischer und Arbeiterparteien“

sen nach imperialistisch. Es ist noch nicht so lange her, dass Rußland in einem grausamen Krieg Tschetschenien unterwarf; ganz zu schweigen von den Kriegen und „Interventionen“ der USA. Imperialistische Staaten kämpfen um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und um strategische Positionen hierfür; wenn es darauf ankommt,

auch mit allen Mitteln. Sie sind ökonomisch miteinander verflochten und gleichzeitig in einem scharfen Konkurrenzverhältnis. Das bestimmt ihre Politik, auch im Ringen um die Ukraine. Noch kann der US-Hegemon mit der Atommacht Rußland nicht umgehen wie mit anderen unbotmäßigen Staaten.

Unterstützen wir jene Kräfte, die in diesem Konflikt auf Verhandlungen und Kompromisse setzen, statt auf Gewalt, Kriegsdrohungen und Interventionen!

Keine forcierte Militarisierung in Deutschland!

14. 3. 2014

Unsere Solidarität gegen anhaltenden rechten Terror in der Ukraine!

Rote Hilfe e.V. richtet Spendenkonto für verfolgte Antifaschist*innen ein

Im Zuge der breiten Protestbewegung der ukrainischen Bevölkerung gegen die ehemalige Regierung konnten sich faschistische Gruppierungen in den vergangenen Monaten in dieser verankern und ihre Mitgliederstärke vervielfachen. Sowohl auf dem Maidan-Platz in Kiew selbst als auch während der Auseinandersetzungen waren Gruppierungen wie *Der Rechte Sektor* stets präsent und traten paramilitärisch auf. Nationalistische und rassistische Symbole und Parolen waren unübersehbar. Faschistische Parteien wie *Swoboda* (Freiheit) warben um Akzeptanz auch im Ausland und gaben sich ungestört – im Verbund mit anderen, sich als *oppositionell* bezeichnenden Parteien – als Vertreter*innen der „unzufriedenen Bevölkerung“ aus.

War es bereits in den Monaten zuvor riskant und gefährlich für linke Organisationen und Aktivist*innen, sich politisch zu betätigen, so hat der Terror rechter Gruppierungen seit dem bürgerlich-reaktionären Putsch ungeahnte Ausmaße angenommen. Büros der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) sowie weitere Projekte der linken Bewegung wurden gestürmt und verwüstet; es kursieren so genannte Todeslisten, die sich gegen antifaschistische Aktivist*innen richten. Protestaktionen gegen die sich nach dem Machtwechsel neu konstituierende Regierung sind aktuell lebensgefährlich, während diese laut über ein Verbot der KPU nachdenkt.

Hierzu erklärt H. Lange, Mitglied des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.: „Unsere Solidarität gilt den Antifaschist*innen in der Ukraine, die aktuell massiver Verfolgung ausgesetzt sind. Durch die Zusammensetzung einer

neuen Regierung unter Einbeziehung der faschistischen Swoboda -Partei steht zu befürchten, dass sich die staatliche Repression weiter verschärfen wird. Die Rolle der deutschen Bundesregierung, die an dieser Entwicklung offensiv beteiligt war, ohne auch nur ein Wort über die aktive Beteiligung faschistischer Gruppierungen zu verlieren, ist auf das Schärfste zu kritisieren.“

Die Rote Hilfe e.V. hat ein Spendenkonto eingerichtet, um verfolgte Antifaschist*innen im Kampf gegen die Repression zu unterstützen.

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt. Wir rufen dazu auf, unsere Genoss*innen in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen.

Göttingen, den 01. März 2014

H. Lange für den Bundesvorstand
der Roten Hilfe e.V.

Solidarität

mit den Antifaschist*innen in der Ukraine



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Kontonummer: 56036239
BLZ: 260 500 01

Stichwort: Antifa Ukraine

bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt. Wir rufen dazu auf, unsere Genoss*innen in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!



Zu den Wahlen in Chile

Mit einem Rückblick auf die letzten vier Jahre



Rechter Spott auf die Zusammenarbeit von Christdemokraten und KP: Die Präsidenten von KP und Christdemokraten als Homosexuelles Paar.

Titelblatt der Satirezeitschrift AJIVERDE: „Vereinbarung über eine Lebenspartnerschaft.“

Ende letzten Jahres fanden in Chile eine Reihe von Wahlen statt. Davon wurde in Deutschland fast ausschließlich der Kampf um die Präsidentschaft wahrgenommen. In diesem Zusammenhang haben die Medien auch über die Resultate der Parlamentswahlen berichtet. Die Ergebnisse der Abstimmungen für die neu eingerichteten Regionalräte hat man, da es sich hier nicht um große Politik handelt, ignoriert.

In der linken Tagespresse, also im *Neuen Deutschland* und der *jungen Welt*, sah es etwas besser aus. Auf ihren Seiten wurde das Ergebnis mehr (ND) oder weniger (jW) zutreffend behandelt. Dabei kamen auch dessen

unerfreuliche Aspekte zur Sprache. Eine Erörterung seiner langfristigen Folgen aber unterblieb.

Blendet man die Rahmenbedingungen aus, kann man sich über den Wahlausgang durchaus freuen. Wir haben es dann mit einem klaren Sieg über die Rechte zu tun. So präsentierten auch beide Tageszeitungen die Nachrichten aus Chile. Ein Beispiel dafür ist die Überschrift im ND vom 16. Dezember: „Präsidentin für ein soziales Chile“. Das vermittelt den Eindruck, dass mit Michelle Bachelet Chile sozialer wird. Hier wünscht man dem Blatt die Kritikfähigkeit wie sie sich manchmal sogar in bürgerlichen Medien findet. Peter Burghardt erinnert sich einen Tag später in der *Süddeutschen Zeitung*:

„Während ihres ersten Mandats hat Michelle Bachelet trotz sozialistischen Parteibuchs kaum an dem Turbokapitalismus gerüttelt.“¹ Es ist also offen, ob es in den nächsten vier Jahren tatsächlich zu positiven Veränderungen kommen wird.

In der *jungen Welt* sah es nicht besser aus. Sie titelte nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl „Historischer Erfolg“ und im Untertitel „Chiles Linke gewinnt Parlamentsmehrheit.“²

Den „Historischen Erfolg“ hat sie aus einer Erklärung von Camila Vallejo übernommen. Die frisch gewählte Abgeordnete mag das ja so sehen. Vergleicht man aber die aktuellen Zahlen mit alten Ergebnissen der

Concertación kann man sich dem nicht anschließen.

Wo der Autor und/oder der Titelredakteur der *jungen Welt* eine linke Parlamentsmehrheit findet, ist sein Geheimnis. Die 67³ Abgeordneten des Bündnisses *Nueva Mayoría* (Neue Mehrheit) stellen zwar die Mehrheit, aber viele von ihnen verstehen sich ausdrücklich nicht als Linke. Das betrifft zumindest die Christdemokraten, die ungefähr ein Drittel der Fraktion stellen.

Dieser Irrtum der *jungen Welt* ist eine Folge der ungewöhnlichen Lage in der sich die chilenische Gesellschaft befindet. Parteien, die nicht viel verbindet, sind bei Wahlen zur Zusammenarbeit gezwungen. Alleine haben sie keine Chance auf Mandate. Das trifft besonders die Christdemokraten und Kommunisten hart. Sie müssen aufgrund des binominalen Wahlrechts Bündnisse eingehen, die sie ihren Anhängern nur schwer vermitteln können.

Das Wahlrecht ist ein Erbe der Diktatur und kann nicht mit einfacher Mehrheit geändert werden. Man braucht dafür fast so viele Mandate wie sie auch für Verfassungsänderungen notwendig sind. Damit hat das Militärregime sichergestellt, dass gegen den Willen der rechten Parteien keine Änderungen des politischen Systems möglich sind. So wird die im Wesentlichen aus der Zeit der Diktatur stammende Verfassung geschützt. Die chilenische Gesellschaft ist daher auch heute noch deren ökonomischen und politischen Vorstellungen unterworfen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich alle vier Jahre die Frage ob das Bündnis aus Parteien der Mitte und der Linken diesmal die so notwendige verfassungsändernde Mehrheit erreichen kann. Ob der jeweilige Kandidat dieses Blockes für eine sozialere Politik steht, ist da fast schon nebensächlich. Rechte Präsidenten kümmern sich, wenn sie von der Öffentlichkeit dazu gezwungen werden, schließlich auch um arme Menschen.

Dazu kommt der Ruf den sich die Concertación in ihrer Regierungszeit

1– *Süddeutsche Zeitung* vom 17.12.2013

2– *junge Welt* vom 20.11.2013

3– Die Zahlen der Parlaments- und Senatswahlen nach: http://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_parlamentarias_de_Chile_de_2013 Zugriff am 30.12.2013

erarbeitet hat. Viele Linke meinen, dass sie ein besserer Verwalter der neoliberalen Gesellschaft gewesen ist, als die Rechte es je hätte sein können. In diesem Zusammenhang wird oft von den zwei Rechten gesprochen, die es in Chile gibt. Der blutigen Rechten in der Tradition Pinochets und der demokratischen Rechten, die man in der Concertación findet. Diese Ansicht vertreten auch Kommunisten, die ansonsten die Zusammenarbeit mit der Christdemokratie verteidigen.

Eigentlich sollte man annehmen, dass die Menschen in Chile das anders sehen. Es macht für sie durchaus einen Unterschied ob die Ehescheidung erlaubt ist oder es einen einfachen Zugang zur „Pille danach“ gibt. Bei solchen Fragen haben die Parteien der Concertación die Möglichkeit sich programmatisch von der Rechten abzuheben. Daher verabschiedeten sie in der Vergangenheit auch fortschrittliche Gesetze. Doch eine Wahlbeteiligung von etwas unter 50 % zeigt, dass dieses Wissen auch in Chile immer mehr verloren geht.

Doch der scheinbar abrupte Absturz von 87,7 %⁴ auf 49,3 % ist nicht so dramatisch wie es die Zahlen nahe legen. Aufgrund einer Gesetzesänderung wird jetzt nur eine Tendenz sichtbar, die es schon seit dem Rückzug der Militärs gibt. Während der letzten Legislaturperiode hat man die Wahlpflicht abgeschafft. Dafür werden jetzt alle Stimmberechtigten automatisch in die entsprechenden Register aufgenommen. So fand ein Segment der Bevölkerung Eingang in die Statistik, das früher außen vor geblieben ist. Über eines geben diese Zahlen aber trotzdem Auskunft – die massive Entpolitisierung der chilenischen Gesellschaft.

Es gibt durchaus einige linke Gruppen, die aktiv Propaganda für Wahlenthaltung machen. Doch sie haben keine große Anhängerschaft. Daher muss man davon ausgehen, dass die abstinente Mehrheit an politischen Fragen desinteressiert ist. Diese Entwicklung hatten wahrscheinlich schon die Sozialingenieure des Militärregimes im Blick als sie den Übergang zur „Demokratie“ planten. Aus anderen Ländern war bekannt, dass das Interesse an Wahlen von der sozioökonomischen Stellung der Menschen abhängt. In Gesellschaften ohne

große soziale Auseinandersetzungen ist es in den unteren Einkommenschichten am geringsten. Auch diese Erscheinung lässt sich zum Schutz bestehender politischer Institutionen nutzen. Schließlich stimmen die unteren Schichten der Gesellschaft eher für die Parteien der Linken.

Nach den Entwicklungen der letzten Jahre war zu hoffen, dass dieser Prozess zumindest gestoppt werden kann. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Im Vergleich zu 2009 ging bei der Wahl der Abgeordneten die Zahl der gültigen Stimmen um mehr als 400.000 zurück. Diese Zahl repräsentiert sechs Prozent der damaligen Wähler.

Die an Politik interessierte Minderheit

Im Gegensatz zur apolitischen Mehrheit steht der Trend im politisch interessierten Teil des Landes. Dort hat die Studentenbewegung von 2011 einen tiefgreifenden Wandel bewirkt. Gonzalo Cordero, früher Aktivist der rechtsradikalen UDI (*Unión Demócrata Independiente – Unabhängige Demokratische Union*) und zu dieser Zeit Wahlkampfberater eines ihrer Präsidentschaftskandidaten, analysiert: „Meine Diagnose ist, dass die Rechte in Chile eine kräftige kulturelle Niederlage erlitten hat, das passierte, ... weil das Land davon ausgeht, dass die Ungleichheit das große Thema und das große Problem Chiles ist.“⁵

Diese Sehnsucht nach Gleichheit übt Druck auf die Regierenden aus. So sah sich der scheidende Präsident Piñera gezwungen, Programme zugunsten der Ärmsten aufzulegen. Das trifft nicht überall auf Zustimmung. Jovino Novoa, ein Senator der UDI, hält diese Politik für das Ergebnis einer marxistisch-leninistischen Infiltration der Rechten.⁶

Das ist natürlich dummes Zeug, wirft aber ein Schlaglicht auf die Gegensätze innerhalb dieses Lagers. Eigentlich ist die Rechte ganz zufrieden mit der Arbeit ihrer Regierung.

Die ökonomischen Zahlen haben sich nach dem Dämpfer von 2008 wieder normalisiert. Das ist aber nicht das Ergebnis der Regierungspolitik, sondern der internationalen Wirtschaftsentwicklung.

Die Gewerkschaften spielen keine wichtige Rolle. Das Arbeitsgesetzbuch, auch ein Erbe der Diktatur, erlaubt nur Betriebsgewerkschaften. Spartengewerkschaften sind verboten. Darüber steht der landesweite Dachverband CUT dem sich die einzelnen Gewerkschaften anschließen können. Die Situation in den einzelnen Betrieben ist höchst unterschiedlich. Abhängig von der wirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Unternehmens, kann die zuständige Gewerkschaft etwas durchsetzen oder auch nicht.

Von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren zwar im Wesentlichen nur die oberen Zehntausend aber das gemeine Volk ist auch nicht ganz leer ausgegangen. Eine Koalition in dieser Lage kann sich normalerweise Hoffnungen auf einen neuerlichen Wahlsieg machen. Doch dem ist nicht so. Die Rechte befindet sich in einer Situation auf die sie bisher keine Antwort hat. Es war für sie unvorstellbar, dass einmal der Tag kommen könnte, an dem man sich nicht mehr ohne Weiteres zu Pinochet bekennen kann. Doch das ist geschehen!

Dafür ist die Studentenbewegung verantwortlich. Sie hat es geschafft das neoliberale ökonomische System zu delegitimieren. Die chilenischen Neoliberalen beklagen sich, dass inzwischen sogar das Wort „lucro“ (Gewinn) negativ besetzt ist. Bisher war die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt, dass diese Wirtschaftsordnung auch ihnen Vorteile bietet. Daher war sie bereit, die von den Militärs begangenen Menschenrechtsverletzungen in einem mildereren Licht zu sehen. Schließlich hatten ja diese das neoliberale System eingeführt. Durch dessen Ansehensverlust messen die Bürger nun den damaligen Verbrechen größere Bedeutung bei.

4– http://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_parlamentarias_de_Chile_de_2009

5– *Qué Pasa* vom 26.09.2013, <http://www.quepasa.cl/articulo/politica/2013/09/19-12761-9-en-los-ultimos-anos-la-derecha-ha-sufrido-una-derrota-cultural-muy-potente.shtml> Zugriff: 02.01.2014

6– *La Tercera* vom 19.09.2013, <http://www.latercera.com/noticia/opinion/ideas-y-debates/2013/09/895-543221-9-la-derecha-dogmatica.shtml> Zugriff: 02.01.2014

Auch ohne Studentenbewegung hätte diese Präsidentschaftswahl für die Rechte eine große Herausforderung dargestellt. Der Grund lag in der Person von Michelle Bachelet. Während ihrer ersten Präsidentschaft attestierten ihr Meinungsumfragen Zustimmungsraten von bis zu 80 %. Heute wird die Beziehung der Bevölkerung zu ihr gerne mit dem Verhältnis verglichen, dass man zu einer älteren Schwester hat. Es ist von großem Vertrauen geprägt.

Die Probleme der Rechten mit ihren Präsidentschaftskandidaten

Auf Regierungsseite war die Kandidatenfindung bizarr. Eigentlich sollte hier der Minister für öffentliche Arbeiten, Laurence Golborne, ins Rennen gehen. Er hatte sich durch die Rettung der verschütteten Bergleute großes Ansehen erworben. Golborne erklärte schon Ende 2012 seine Bereitschaft dazu und wurde von der UDI für die Vorwahl nominiert. Doch im April 2013 kam ihm seine frühere Tätigkeit als Geschäftsführer einer Holding in die Quere. Das Oberste Gericht verurteilte diese Firma wegen ausbeuterischer Klauseln und ungerechtfertigter Preissteigerungen bei einer Kreditkarte. Golborne wurde vorgeworfen, dass diese Regeln unter seiner Führung geschaffen wurden. Gleichzeitig berichtete die Presse über Unregelmäßigkeiten in seiner Steuererklärung. Es ging dabei um eine Firma mit Sitz im Steuerparadies Virgin Islands. Diese Diskussionen bewirkten seinen Rückzug von der Kandidatur.⁷

Seit kurzem gibt es in Chile Vorwahlen. Damit soll der Wahlmüdigkeit entgegen gearbeitet werden. Wenn eine Partei oder Parteienkoalition ihre Kandidaten mittels Mitgliederbefragung nominiert, muss sie daran auch alle parteilosen Wähler beteiligen. Bei der Nueva Mayoría setzte sich in dieser Abstimmung erwartungsgemäß Michelle Bachelet durch.

Um die Kandidatur für das Regierungslager bewarb sich nach dem

Fiasko mit dem Minister jeweils ein Bewerber der UDI und der RN (*Renovación Nacional* – Nationale Erneuerung). Die RN besitzt eine etwas gemäßigttere Ausrichtung, gehört aber ebenfalls zu den vormaligen Diktatur tragenden Kräften. Hier setzte sich der Kandidat der UDI, Pablo Longueira, durch. Aber kurz danach zog er sich zurück. Er begründete das



Bettler in einem „besseren“ Vorort von Santiago

mit Depressionen.⁸

Daraufhin wurde von der UDI, ganz ohne Beteiligung der Bürger, die Arbeitsministerin Evelyn Matthei zur Kandidatin ausgerufen. Die Tochter des langjährigen Chefs der Luftwaffe und Mitglieds der Militärjunta Pinochets galt aber selbst vielen Rechten als ungeeignet. Sie neigt zu einer vulgären Ausdrucksweise, die sie eigentlich für das Präsidentenamt disqualifiziert. Aber scheinbar fand sich im Regierungslager niemand anderes, der in die inzwischen aussichtslose Schlacht ziehen wollte.

Diese desolante Situation führte dazu, dass sich die rechten Stimmen am Ende auf zwei Kandidaten verteilten. Der Wirtschaftsingenieur

Franco Parisi trat als Unabhängiger an. Wie sein Lebenslauf zeigt, gehört auch er zur Rechten, politisch war er dort aber nicht aktiv. Seine Verbundenheit mit diesem Lager wies er im Wahlkampf weit von sich. Er stellte sich als Brücke zwischen den Blöcken dar. In seine Regierungsmannschaft wollte er vernünftige Leute aus allen Richtungen, darunter auch Linke, berufen. Parisi inszenierte sich als Anwalt der kleinen Leute und argumentierte anhand der täglichen Probleme der Menschen. Für alles hatte er scheinbar Lösungen zur Hand, ohne sich aber wirklich festzulegen. In Parisis Forderungskatalog fanden sich sogar Punkte die danach aussahen, als ob sie gegen das Kapital gerichtet seien. So wollte er ökonomisch starken Unternehmen den Besitz von Massenmedien verbieten, oder die Konzentration von Kapital einschränken. Sein Auftreten wirkte im ersten Moment recht erfrischend. Damit überflügelte er in Meinungsumfragen zeitweilig sogar Matthei. Journalisten stellten sich daher die Frage, ob sein Auftritt der Prototyp für zukünftige rechte Kandidaturen ist.

Am Ende lag er mit 10,1 % auf dem vierten Platz und damit weit hinter der offiziellen rechten Bewerberin die 25 % auf sich vereinte. Erwartungsgemäß zog Michelle Bachelet mit 46,6 % an allen vorbei. Es hätte niemanden überrascht wenn sie schon im ersten Wahlgang Präsidentin geworden wäre. So aber musste sie in die Stichwahl wo sie ihre Kontrahentin mit 62,2 % deklassierte. Diese Zahl ist allerdings nicht besonders aussagekräftig, da nun die Wahlbeteiligung auf fast 40 % gefallen war.

In diesem Zusammenhang sind die Wahlaufrufe der unterlegenen Bewerber interessant. Parisi sprach sich für die Wahl von Bachelet aus während Marco Enríquez-Ominami, auch MEO genannt, seinen Anhängern die Stimmenthaltung empfahl. Doch ihre Wähler haben diese Ratschläge offensichtlich in den Wind geschlagen. Beide Bewerberinnen konnten im letzten Wahlgang um mehrere hunderttausend Stimmen zulegen. Das spricht dafür, dass 2/3 der Wähler Parisis Matthei die Stimme gaben, während die Hälfte

7– http://es.wikipedia.org/wiki/Laurence_Golborne#Caso_Cencosud Zugriff: 19.01.2014

8– http://es.wikipedia.org/wiki/Pablo_Longueira

von MEOs Anhängern für Bachelet votierten.

Die Bildung der Nueva Mayoría

Der gesellschaftliche Druck in Richtung nach mehr Gleichheit und einer sozialeren Politik wirkt auch auf die Parteien der ehemaligen *Concertación*. Daher ist das heutige Wahlprogramm Bachelets deutlich linker ausgefallen als ihr altes. Die offizielle Aufnahme der Kommunisten in das Bündnis erleichterte diese Gewichtsverlagerung, sie ist aber nicht der entscheidende Grund.

Bei der Zusammenarbeit vor vier Jahren handelte es sich nach dem Verständnis der Beteiligten nur um eine technische Kooperation. Sie war notwendig um einerseits dem Wahlrecht zu entsprechen und andererseits das kleine linke Potenzial auf die Waage des Binominalismus zu wuchten. Damit konnte die KP erstmals seit dem Ende der Diktatur ins Parlament

einziehen. Die Veränderung des politischen Klimas führte jetzt zur Integration der KP und anderer kleiner linker Parteien in die *Concertación* und deren Umbenennung in *Nueva Mayoría*. Diese *Nueva Mayoría* darf aber nicht mit einem Wahlbündnis ähnlichen Namens verwechselt werden, das bei der Parlamentswahl von 2009 angetreten ist.

Spätestens seit der damaligen Abstimmung gibt es in der politischen Mitte ein Potenzial, das sich von den zwei großen Blöcken nicht mehr repräsentiert sieht. Diese Menschen stammen aus beiden Lagern und votierten bei der Präsidentschaftswahl 2009 für MEO. Seine damalige Wählerschaft soll zu einem Drittel von rechts zu ihm gestoßen sein. Heute werden sich diese Menschen Parisi zugewandt haben. Das ist einer der Gründe warum MEO von seinen damaligen 20 % auf 11 % abgestürzt ist. Bei der Präsidentschaftswahl stimmte der „linke“ Flügel der Unzufriedenen geschlossen für ihn, doch bei der Wahl der Abgeordneten verteilten sich die Stimmen auf drei Listen.

MEOs Bündnis „*Wenn du willst, ändert sich Chile*“, in dem die von ihm gegründete *Progressive Partei (PRO)* mitarbeitet, erzielte gerade halb so viele Stimmen wie er. Trotzdem ist es im Parlament vertreten. Das verdankt diese Koalition aber rechten Wählern.

Im Wahlkreis Arica übernahm der Kandidat einer neuen Liberalen Partei das Mandat der *UDI*. Die rechte *Alianza* stürzte hier von 44 % auf 24 %⁹ ab. Das ist auf den ersten Blick verwirrend. Schließlich ist die Liberale Partei der Bündnispartner der *PRO*, und im Logo der *PRO* findet sich ein Roter Stern. Außerdem geht die Liberale Partei auf eine Abspaltung aus der *PPD (Partido Por La Democracia – Partei für die Demokratie)* zurück, die immer ein Bestandteil des Mitte-Links-Blocks war. Das Staunen legt sich aber wenn man erfährt, dass die Liberale Partei Mitglied der Liberalen Internationalen ist.

Hier hat die rechte Wählerschaft erkannt, dass ein scheinbar linksliberales Bündnis einen der ihren zur Wahl stellt und entsprechend gehandelt. Schließlich vertritt die Liberale Internationale neoliberale Politik.

Wer ihr beitrifft teilt diese Weltanschauung.

MEO wird oft voreilig für einen Linken gehalten. Das liegt unter anderem an seiner früheren Mitarbeit in der Sozialistischen Partei. Politische Analysten in Chile sehen seine Vorstellungen eher im linksliberalen Milieu beheimatet. Damit spielt der Sohn von Miguel Enríquez, des im Kampf gegen die Diktatur gefallenen Generalsekretärs des *MIR*, auf Seiten der *Nueva Mayoría* eine ähnliche Rolle wie Parisi bei der Rechten. Er bündelt den Frust darüber, dass es in Chile zu keinen wirklichen Veränderungen kommt. Man kann ihm zu Gute halten, dass er in der Vergangenheit berechnete Kritik an der *Concertación* artikulierte. Seine Eigenkandidatur schwächt aber das Mitte-Links-Bündnis. Damit wird die Realisierung von seinem Anspruch, Chile zu verändern, unwahrscheinlicher.

Beim letzten Urnengang, nach 20 Jahren mit Präsidenten aus den Reihen der *Concertación*, war MEOs Auftauchen ein frischer Wind in der politischen Landschaft. Heute kommt der von den ehemaligen Studentenführern. Die Kommunistin Camila Vallejo ist die bekannteste von ihnen, aber nicht die Einzige.

Die Kommunisten

Die KP hat offensichtlich einen so guten Ruf, dass sie nicht einmal von ihrer Vergangenheit eingeholt werden kann. Wir erinnern uns. Die Kommunisten konnten sich 1989 nicht an der *Concertación* beteiligen, da sie in den 80er Jahren im Kampf gegen die Diktatur die Linie des Volksaufstandes vertraten. Sie distanzierten sich damals bewusst nicht von Aktionen der bewaffnet kämpfenden Gruppen. In Folge dessen war für viele Menschen Kommunist gleichbedeutend mit Terrorist. Die Christdemokratie hatte es daher leicht die KP auszugrenzen. Schließlich wollten auch die übrigen Parteien der *Concertación* nicht in den Geruch einer Nähe zu Terroristen kommen.

Im März, kurz vor Beginn der Verhandlungen über das Wahlbünd-

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

9- http://es.wikipedia.org/wiki/Pablo_Longueira



Propaganda für das Abschlusskonzert zum 100. Geburtstag der KP; das Plakat rechts: „Gehen wir, ein neues Chile ist möglich!“

nis, gab Guillermo Teillier der Wochenendbeilage einer bürgerlichen Tageszeitung ein Interview. Auf die Frage „Genehmigten sie das Attentat auf Pinochet?“ antwortete er: „Ja, selbstverständlich. Es war eine Entscheidung der Partei.“ Im begleitenden Text konnte man erfahren, dass er damals der Militärführer der KP war und in dieser Funktion die FPMR (*Frente Patriótico Manuel Rodríguez*) beaufsichtigte. Guillermo Teillier ist nicht irgendwer, er ist der aktuelle Parteivorsitzende.¹⁰

Es gibt keine Hinweise darauf, dass den Kommunisten dieses Interview geschadet hätte. Früher bestritt die Partei, dass die FPMR ihr bewaffneter Arm ist. Mit dem Interview wurde nur bestätigt wovon bisher schon alle ausgegangen waren. Doch was wäre in Deutschland los, wenn ein Politiker der Linkspartei ein vergleichbares Geständnis machen würde?

Ihre frühere Politik konnte den Kommunisten nun auch aus einem anderen Grund nicht mehr gefährlich werden. In den letzten Jahren hat die Partei streng darauf geachtet, dass man sie nicht mit Steine und Brandflaschen werfenden Demonstranten in Verbindung bringen kann. Besonders in der Studentenbewegung, in die sie viel Arbeit und Geld

investierte, kam das zum Ausdruck. Die Kundgebung, die mit fast einer Million Teilnehmern zur größten Demonstration in der Geschichte Chiles werden sollte, stand unter dem friedvollen Motto: „Familiärer Sonntag für die Bildung“.

Die Rückkehr des linken Selbstbewusstseins

Die Kundgebung im Parque O'Higgins wird in zukünftigen Geschichtsbüchern Erwähnung finden. Als markanter Wendepunkt in der Geschichte der chilenischen Linken. Es ist der Tag an dem diese Linke wieder Mut gefasst hat. Den Mut Hoffnung zu haben. Die Hoffnung, dass sich in der Gesellschaft etwas verändern lässt, wenn das Volk zusammenhält. Dieses Vertrauen war spätestens mit dem Ende der Militärdiktatur abhanden gekommen. Das zeigte sich daran, dass fast niemand mehr Lieder sang wie „Venceremos“ (Wir werden Siegen) oder „El Pueblo Unido jamás será vencido“ (Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden). Die Texte kamen den Menschen wie Hohn vor, da sie ihren subjektiven Erfahrungen widersprachen. Das hat sich geändert. Zum Abschluss dieser Kundgebung sangen die bekannten,

mehr oder weniger linken, Musiker Chiles gemeinsam mit den Teilnehmern „El Pueblo Unido“!¹¹

Natürlich hat nicht allein diese Demonstration das Eis gebrochen, sondern die ganze Breite der Studentenbewegung, die an diesem Tag ihren Höhepunkt erlebte. Sie hat, wie das Zitat von Gonzalo Cordero zeigt, das neoliberale Modell unter Rechtfertigungsdruck gesetzt. Das brachte die rechte Regierung in ziemliche Schwierigkeiten. Es erweist sich damit aufs Neue, dass nicht die radikalsten Aktionsformen die Gesellschaft verändern, sondern die jeweils angemessensten.

Als markanter Ausdruck der Wünsche der Kundgebungsteilnehmer stellte die Tageszeitung *La Tercera* ein Zitat aus der Rede von Camila Vallejo heraus: „Wir haben gezeigt, dass wir fähig sind mit den sich in der Krise befindlichen politischen Institutionen zu brechen, mit dieser politischen Klasse und diesem unerbittlichen Modell.“¹²

Sehen wir also nach, ob die Wahlergebnisse den Bruch mit den bestehenden politischen Institutionen möglich machen. Die *Nueva Mayoría* steigerte bei der Parlamentswahl das Ergebnis der *Concertación* um 3,4 % und verbuchte jetzt 47,7 %. Damit konnte sie die Zahl ihrer Abgeordneten um zehn steigern und hält 67 der 120 zu vergebenden Mandate. Darunter befinden sich 21 Christdemokraten und sechs Kommunisten. Die Christdemokraten legten zwei Mandate zu, während die Kommunisten ihre Präsenz verdoppeln konnten.

Zu den Prozenten der *Nueva Mayoría* sollte man im Geiste noch einen

10– *La Tercera* vom 31.03.2013, <http://www.latercera.com/noticia/politica/2013/03/674-516439-9-los-anosclandestinos-de-teillier.shtml> Zugriff: 31.03.2013

11– 11<http://www.youtube.com/watch?v=XKRQbQ1DfEk> oder <http://www.youtube.com/watch?v=y6kCTUC5DM8>

12– *La Tercera* vom 22.08.2011, <http://diario.latercera.com/2011/08/22/01/contenido/pais/31-81012-9-estudiantes-logran-masiva-convocatoria-e-insisten-en-educacion-gratuita.shtml> Zugriff: 02.01.2014

guten Teil der Stimmen für unabhängige Kandidaten und weitere Listen addieren. Erst das gibt die Kräfteverhältnisse zwischen den Blöcken halbwegs korrekt wieder. Dabei handelt es sich um zusammen genommen 11,5 %. Das ermöglichte drei Unabhängigen und dem schon erwähnten Liberalen den Einzug ins Parlament. Die Wähler des Liberalen gehören sicher nicht zur Mitte, aber das Beispiel von Giorgio Jackson zeigt, dass von den 11,5 % der Sonstigen viele zur *Nueva Mayoría* zu zählen sind.

Jackson gehörte 2011 zu den führenden Köpfen der Studentenbewegung. Er wollte nicht im Rahmen des Wahlbündnisses antreten und reichte seine Kandidatur als Unabhängiger ein. Daraufhin zog die *Nueva Mayoría* in seinem Wahlkreis ihre Liste zurück und rief zu seiner Unterstützung auf. Das sicherte ihm den Einzug ins Parlament.

Auf der anderen Seite der politischen Bühne büßte die *Alianza* 7,3 % ein und liegt nur noch bei 36,2 %. Sie musste neun Mandate abgeben und ist nur noch mit 49 Abgeordneten im Parlament vertreten. Davon stellt die *UDI* 29 Mandatsträger. Sie ist damit die stärkste Partei Chiles.

Die Wahl der Regionalräte

Das binominale Wahlrecht macht es unmöglich aus den Ergebnissen der Parlamentswahl auf die tatsächliche Verankerung einer Partei zu schließen. In einem Stimmkreis dürfen auf einer Liste nur zwei Bewerber antreten. Von den sechs Parteien der *Nueva Mayoría* müssen daher immer mindestens vier auf einen eigenen Kandidaten verzichten. Deshalb kann man die von einem Bewerber erzielten Stimmen nur begrenzt seiner Partei gutschreiben. Um die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien besser einschätzen zu können, ist daher ein Blick auf die Resultate der Wahlen zu den Regionalräten hilfreich.

Eigentlich ist es nicht zulässig Ergebnisse von Abstimmungen unterschiedlicher staatlicher Ebenen zu vergleichen. Zu verschieden sind die jeweiligen Beweggründe der

Wähler. Doch soll hier eine Ausnahme gemacht werden. Bei den Regionalräten kommt zwar auch ein auf dem Binominalismus beruhendes Wahlrecht zur Anwendung. Doch werden hier in einem Stimmkreis mehr als zwei Mandate vergeben. Damit steht den Bürgern schon auf einer Liste eine breitere Auswahl an Kandidaten zur Verfügung. Gleichzeitig haben damit auch mehr Wahlvorschläge eine reale Aussicht auf Erfolg. Daher ging die *Nueva Mayoría* hier mit zwei Listen an den Start. Damit hat sie die Zahl ihrer Bewerber verdoppelt. Das verschaffte den Bürgern die Möglichkeit ihr Kreuz tatsächlich vor dem Kandida-

den Regionalräten fast alle Parteien schwächer abgeschnitten haben als bei der Parlamentswahl. Das liegt an der großen Zahl von unabhängigen Bewerbern die auf den Listen der Bündnisse angetreten sind. Doch gibt es zwei interessante Ausnahmen. Die Partei von MEO, die PRO, ist bei beiden Abstimmungen auf exakt die gleiche Prozentzahl gekommen. Bei den Regionalräten hat sie aber ca. 13.000 Stimmen weniger erhalten. Das liegt daran, dass hier ungefähr 400.000 gültige Stimmen weniger abgegeben worden sind als bei der Parlamentswahl.

Die Kommunisten haben bei den Regionalratswahlen mit 4,9% etwas besser abgeschnitten als bei der landesweiten Abstimmung wo sie nur auf 4,1% kamen. Dieser Unterschied ist nicht nur die Folge einer insgesamt geringeren Wahlbeteiligung sondern auch von 30.000 zusätzlichen Stimmen.

Interessant ist, dass fast alle Parteien, listet man sie ihrer Stärke nach geordnet auf, den gleichen Platz einnehmen wie bei der Parlamentswahl. Nur die Christdemokraten müssen ihren Platz mit der *RN* tauschen.

Hier liegen sie nur auf dem dritten Rang.

Der Senat ist ein Thema für sich. Die Amtszeit der Senatoren ist mit acht Jahre doppelt so lang wie die der Abgeordneten. Daher wird alle vier Jahre nur die Hälfte von ihnen ersetzt. Als Folge davon kommen gesellschaftliche Veränderungen dort nur zeitverzögert an. Auch dies ist ein Baustein im Schutzwall um die von Pinochet gestiftete Ordnung. Durch diesen Mechanismus hat die Rechte länger Zeit sich auf für sie ungünstige Entwicklungen einzustellen.

Dieser Veränderungsprozess hat inzwischen eingesetzt. Im Januar sind vier Abgeordnete aus der *RN* ausgetreten. Sie wollen innerhalb der rechten *Alianza* eine Gruppe mit liberaler Ausrichtung gründen. Wenn das nicht eine Reaktion auf die Verluste in Arica ist.¹⁴

Ergebnisse der Wahlen zu Parlament und Regionalräten				
	Parlamentswahl 2013		Wahl der Regionalräte 2013	
Partei	Stimmen	in %	Stimmen	in %
UDI	1.174.411	18,9	818.757	14,1
PDC	965.364	15,5	714.903	12,3
RN	924.780	14,9	805.757	13,9
PS	690.620	11,1	611.694	10,6
PPD	684.041	11,0	566.471	9,8
PC	255.242	4,1	285.199	4,9
PRO	236.028	3,8	223.653	3,8
PRS	225.869	3,6	172.594	3,0
PDC: Partido Demócrata Cristiano				
PRS: Partido Radical Socialdemócrata				

ten ihrer Partei zu machen. Aus diesem Grund zeigen die Resultate der Regionalwahlen möglicherweise ein detaillierteres Bild der politischen Landschaft Chiles als die Zahlen der landesweiten Abstimmungen.

Die Listen der *Nueva Mayoría* präsentierten sich unter fast identischen Namen um ihre Zugehörigkeit zum Mitte-Links-Block zu signalisieren. Ein Wahlvorschlag wurde von Christdemokraten und Sozialisten getragen, er galt als der gemäßigtere. Auf der anderen Liste versammelte sich der Rest. Den internen Wettstreit gewannen die Gemäßigteren mit 24,9 %¹³ zu 21,8 %. Mit diesen Ergebnissen kann die *Nueva Mayoría* fast alle Regionalräte dominieren, nur in der Araucania gibt es ein Patt.

Im Kasten finden sich die Ergebnisse der wichtigsten Parteien. Dabei fällt auf, dass bei den Wahlen zu

13– http://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_regionales_de_Chile_de_2013

14– <http://diario.latercera.com/2014/01/31/01/contenido/pais/31-156905-9-amplitud-pide-a-movimientos-decentroderecha-formar-partido-unico.shtml>

Doch zurück zum Senat. Hier hat die *Nueva Mayoría* 21 Sitze in ihren Händen. Ihnen stehen 16 der rechten *Alianza* gegenüber. Ein Mandat wird von Carlos Bianchi, einem Unabhängigen, gehalten.

Wofür reicht die Kraft der Nueva Mayoría?

Was kann die *Nueva Mayoría* mit ihren Mandaten erreichen? Leider nicht viel! Der von Camila Vallejo anvisierte Bruch mit den bestehenden politischen Institutionen ist nicht möglich. Was geht erläuterte *La Tercera* am Tag nach der Wahl.¹⁵



Erinnerung an Gefallene aus MIR, PS und KP in einem Vorort von Santiago.

Für Änderungen an den Steuergesetzen und der Einführung staatlicher Renten- und Krankenversicherungen sind 61 Abgeordnete und 20 Senatoren notwendig. Mit 67 Abgeordneten und 21 Senatoren besitzt die *Nueva Mayoría* die dafür notwendige Mehrheit.

Zur Etablierung eines kostenlosen Bildungssystems werden 69 Abgeordnete und 22 Senatoren benötigt. Schon bei dieser Frage endet ihre Handlungsfreiheit. Der *Nueva Mayoría* fehlen zwei Abgeordnete und ein Senator. In Zusammenarbeit mit den unabhängigen Parlamentariern ist allerdings möglicherweise die eine oder andere Verbesserung zu erzielen.

Für die Abschaffung des bestehenden Wahlrechts sind 72 Abge-

ordnete und 23 Senatoren notwendig. Da nur 71 Abgeordnete nicht zur *Alianza* gehören, im Senat sind es 22, hat die Rechte weiterhin die Vetomacht. Trotzdem könnte es zu einer Entschärfung, nicht Abschaffung, des Binominalismus kommen. Die RN hat sich in einer gemeinsamen Erklärung mit den Christdemokraten schon vor einiger Zeit dafür ausgesprochen.

Eigentlich erübrigt sich die Frage nach einer neuen Konstitution. Dafür wären 80 Abgeordnete und 25 Senatoren notwendig. Auch bei Verfassungsänderungen wird die Rechte keine radikalen Veränderungen zulassen.

Alles in allem kann man feststellen, dass die Planer der Diktatur gut gearbeitet haben. Das von ihnen geschaffene Regelwerk hat in einer für die Rechte heiklen Situation seine Bewährungsprobe bestanden. Das Bündnis aus Parteien der Mitte und der Linken hat auch bei einer für sie äußerst günstigen Ausgangslage nicht die Möglichkeit erhalten substanzielle Reformen durchzuführen.

Wohin das die chilenische Gesellschaft führen kann beschreiben die Analysten der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS): „Dadurch kann im Parlament eine Polarisierung entstehen zwischen einer reformwilligen Mehrheit und einer blockierenden Minderheit, der dank des binominalen Wahlsystems eine explosive Vetofähigkeit verliehen

wird. Eine paradoxe Situation wäre die Folge: die Verteidigung des institutionellen status-quo deslegitimiert das angeschlagene politische System (siehe Wahlbeteiligung) weiter und rechtfertigt den Einsatz aus demokratischer Sicht bedenklicher Mittel.“¹⁶

Das was die KAS „den Einsatz aus demokratischer Sicht bedenklicher Mittel“ nennt, ist die Forderung nach einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung.¹⁷

Wie wir gesehen haben kann aus dem bestehenden rechtlichen Rahmen heraus gegenwärtig kein legaler Weg dahin beschritten werden. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung müsste auf der Straße erkämpft werden. Geht man diesen Weg begibt man sich in Gefahr. Das Militär hat bisher noch keine Demokratisierung erfahren. Seine Führungskader haben den Militärputsch von 1973 mitgemacht oder sind zu Zeiten der Diktatur in die Armee eingetreten. Wie werden diese Zöglinge Pinochets reagieren wenn die von ihnen geschaffene Ordnung mittels Demonstrationen abgeschafft werden soll?

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.

Berlin 1932

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

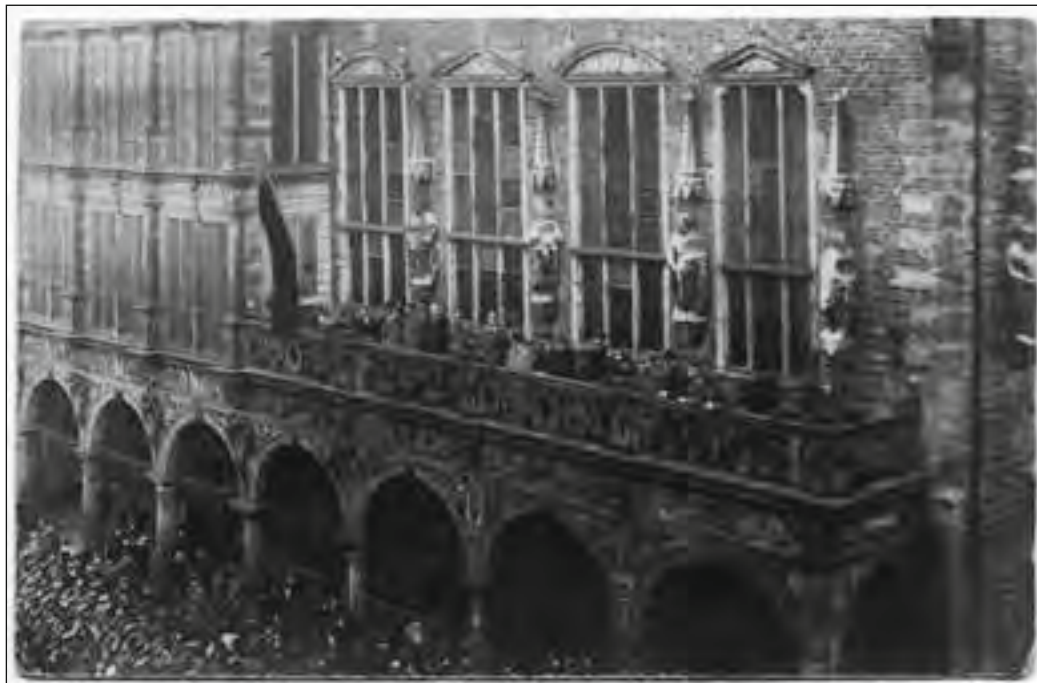
15– *La Tercera*, 28.11.2013

16– Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht CHILE, November 2013

17– <http://www.jungewelt.de/2013/11-27/014.php?sstr=maya%2Ffernandez%2Fallende>

Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger_innen der Bremer Räterepublik

Rede von Inge Häger am 9. Februar 2014



15. November 1918: Rote Fahnen am und vor dem Bremer Rathaus

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben uns heute hier auf dem Waller Friedhof versammelt zu Ehren der Verteidigung der Bremer Räterepublik, zum Gedenken an den 95. Jahrestag ihrer Niederschlagung. Die Bremer Räterepublik hängt eng mit dem Beginn des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren zusammen, der mit der russischen Oktoberrevolution und dem Matrosenaufstand in Kiel und der Novemberrevolution in Deutschland endete. Im 1. Weltkrieg hatte das ökonomisch erstarkte Deutsche Reich die Neuaufteilung der Welt und der Kolonien erreichen wollen. Dem Krieg vorausgegangen war ein gigantisches Wettrüsten auf allen Seiten. Im Vorfeld gab es Verabredungen der Arbeiter- und Friedensbewegung in Deutschland und Europa gegen einen drohenden Krieg. Die Sozialdemokraten in Deutschland hatten viele Beschlüsse gegen den Krieg gefasst und zum Widerstand aufgerufen. Trotzdem stimmten die Abgeordneten der SPD im August 1914 im Reichstag für die Kriegskredite. Nicht nur in Deutschland

fanden sich bei Kriegsausbruch viele ehemalige Kriegsgegner in den Reihen der Vaterlandsverteidiger ihrer jeweiligen Nation wieder. Opportunismus führte zu Nationalismus. Die sog. Burgfriedenspolitik hielt jedoch nicht lange. Versorgungsengpässe und die Ausbeutung in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft führten bereits ab 1915 überall im Reich und auch hier in Bremen zu Streiks und Demonstrationen. Mit zunehmender Dauer des Krieges verstärkten sich auch Proteste und soziale Unruhen. Und zum Ende des ersten Weltkrieges, im November 1918, weigerten sich dann Matrosen zu einer Entscheidungsschlacht gegen die britische Marine auszulaufen. Der Kieler Matrosenaufstand war der Anfang der Novemberrevolution und des Sturzes der Monarchie in Deutschland. In vielen Orten wie hier in Bremen wurden Arbeiter- und Soldatenräte zur Übernahme politischer Funktionen gebildet. Es waren dann Sozialdemokraten wie Noske, Ebert und Scheidemann, die zusammen mit Freikorps und ehemaligen Generälen gegen die revolutionären

Arbeiter- und Soldatenräte vorgingen und sie zerschlugen.

Liebe Freundinnen und Freunde, Jahrzehnte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erleben wir eine Welt, in der Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist. Dabei war und ist die Losung ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!‘ die Lehre aus den zwei Weltkrieges. Es waren wieder Sozialdemokraten, die zusammen mit den Grünen 1999 die Beteiligung Deutschlands an dem Krieg gegen Jugoslawien beschlossen. Nach dem Zusammenbruch der DDR und des Warschauer Vertrages war die deutsche Wirtschaft erstarkt und

Deutschland wollte auch militärisch wieder Einfluss gewinnen. Kurz darauf beschloss Rot-Grün 2001 auch die Beteiligung am Krieg der USA gegen Afghanistan. Es ging und geht um den Zugang zu Ressourcen und um geostrategische Interessen in Zentralasien. Dass wollten deutsche Konzerne zusammen mit Schröder und

Anzeige

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten,
Broschur. 1,50 €.

Fischer nicht dem US-Kapital überlassen. Beim Krieg um das Öl im Irak ist Rot-Grün aufgrund der massenhaften weltweiten Proteste dann schnell wieder zum Kriegsgegner geworden und hat damit 2002 erneut die Bundestagswahlen gewonnen. In Wirklichkeit hat die damalige Bundesregierung auch diesen Krieg durch Geheimdienste und Überflugrechte sowie die Erlaubnis der Nutzung der US-Militärbasen unterstützt. Seitdem ist Deutschland weltweit dabei, wenn es um militärische Interventionen und den Zugang zu Rohstoffen und die Sicherung von Handelswegen geht. Zurzeit sind 5.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in elf Staaten auf drei Kontinenten im Einsatz.

Allerdings trat 2010 noch der damalige Bundespräsident Horst Köhler zurück, weil er nach einem Besuch der Truppen in Afghanistan erklärt hatte, im Notfall sei auch „militärischer Einsatz notwendig (...), um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Die CDU-FDP hatte 2009 in ihrem Koalitionsvertrag eine „Kultur der Zurückhaltung“ beschlossen und sich nicht an jedem Kriegsabenteuer beteiligt. So enthielt sich Deutschland bei der UN-Abstimmung über einen Einsatz in Libyen und beteiligte sich nur in den NATO-Stäben. Beim NATO-Krieg gegen Libyen und dem Einsatz Frankreichs in Mali waren es SPD und Grüne, die für die Übernahme von Verantwortung und eine Beteiligung der Bundeswehr warben. Ausgerechnet die FDP mahnte, man müsse doch erst mal die Lehren aus der Niederlage in Afghanistan ziehen, bevor man sich an weiteren Kriegsabenteuern beteilige.

Nun will die große Koalition unter Beteiligung der SPD eine weltpolitische Offensive starten. Im Koalitionsvertrag steht: „Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten.“ Aus Sicht der großen Koalition ist die Zeit reif für noch umfassendere Einmischungen in Europa und der Welt. Die Euro-Krise hat die Machtverhältnisse in Europa eindeutig zugunsten Deutschlands geklärt. Zwischen CDU/CSU und der SPD gab es schon bei sämtlichen Banken- und Euro-Rettungspaketen keine Differenzen. Bei den Koalitionsgesprächen war man sich bei der Europa- und der Außen- und Verteidigungspolitik schnell

einig. Die Vordenker der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) haben im Sommer ein Grundsatzpapier unter dem Titel „Neue Macht. Neue Verantwortung“ herausgebracht. Es begründet den Anspruch der EU als Weltmacht unter deutscher Führung. Sowohl SPD-Außenminister Steinmeier als auch die neue Kriegsmministerin von der Leyen sprachen sich Anfang des Jahres für ein stärkeres Engagement der Bundeswehr in Afrika im Rahmen der EU aus. Und der Nachfolger von Horst Köhler, Bundespräsident Gauck, forderte am letzten Wochenende auf der Münchener Sicherheitskonferenz von Deutschland „mehr Engagement in der Welt“.

Deutschland solle sich an noch mehr Kriegen weltweit beteiligen, das weltpolitische Gewicht der BRD müsse verstärkt militärisch abgesichert und erweitert werden. Dabei solle es auch mehr Militäreinsätze unter Führung der EU geben. Die Worte von Bundespräsident Joachim Gauck und SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier erinnern in fataler Weise an das Trommeln des Deutschen Kaisers Wilhelm II. am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Die Parallele zu 1914 mahnt zur äußersten Wachsamkeit gegen Aufrüstung und Krieg. Für ein „Wehret den Anfängen“ ist es schon zu spät. Die Bundeswehr ist seit 1999 aktiv an Kriegen beteiligt. Wie vor 100 Jahren ist es die SPD, die sich schamlos für Militarisierung und Krieg ausspricht. Wir sollten umso intensiver

für Frieden und Abrüstung werben. Wir wollen globale soziale Gerechtigkeit und eine Kultur des Friedens. Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus! Das sind wir auch den Matrosen von Kiel und den Verteidigern der Bremer Räterepublik, den Opfern von Krieg und Faschismus schuldig!

Anzeigen

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Anzeige



Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifainfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Den Ersten Weltkrieg feiern?



Im Januar kündigte Michael Gove, der Erziehungsminister in der Koalition aus Konservativen und Liberalen, an, dass die Regierung den Beginn des Ersten Weltkriegs feiern möchte, der im August vor 100 Jahren begonnen hat. Gove möchte die „Mythen“, die von linken Akademikern verbreitet wurden, revidieren, nämlich, dass der Krieg ein „Landraub“ durch die imperialistischen Mächte war und Mord in industriellem Maßstab, eine Sichtweise, die seit den 60er Jahren die vorherrschende gewesen ist. Die

Regierung hat angekündigt, dass 50 Millionen Pfund zur Verfügung gestellt werden, um für den Krieg mit allen Arten von Events zu werben.

Bis jetzt hat keine Regierung versucht, den Beginn des Krieges zu feiern. Die heimkehrenden Soldaten wollten oft nicht einmal das Ende feiern, da ihnen „ein Land, für Helden bereit,“ versprochen worden war; aber das wurde nie eingehalten. 1919 gab es Proteste und Aufruhr über die Friedensfeiern. Letztlich wurde Armistice Day, der Tag, an dem am 11. November 1918 die Kämpfe endeten, mit zwei Schweigeminuten um 11 Uhr begangen.

Die Feier des 11. November ist in den letzten Jahren ausgestorben, da die Veteranen selbst ausstarben, aber jetzt wird der Tag genutzt, um die Toten neuerer und gegenwärtiger Kriege zu ehren. Vor einigen Jahren vergab die französische Regierung Gedenkmünzen an alle noch lebenden britischen Veteranen, die alle als „Helden“ bezeichnet wurden. Mir scheint es so, als ob die französische Regierung, die immer mehr auf militärische Abenteuer in Nordafrika einlässt, den Ersten Weltkrieg benutzt, um moderne imperialistische Kriege zu glorifizieren. Die Kriege im Irak und in Afghanistan sind un-

populär und werden weitgehend für Fehlschläge gehalten.

Der letzte britische Veteran aus dem Ersten Weltkrieg war Harry Patch. Er bezeichnete diesen Krieg als „dynastischen Familienstreit“. Er bestritt, dass er ein Held war; er mußte in den Krieg ziehen und erfüllte seine Pflicht, aber der Krieg war nach seinen Worten „nichts anderes als legalisierter Massenmord“. „Man hätte den Politikern, die uns in den Krieg schickten, Gewehre geben und ihnen sagen sollen, sie sollten ihre Auseinandersetzungen stattdessen damit untereinander austragen“.

Das Parlament stimmt gegen das Vorhaben der Regierung, Syrien anzugreifen. Offensichtlich waren die Parlamentarier erdrückt durch Botschaften ihrer Wähler in den Social Media, die sich gegen jede Art von Angriffen wandten. Dieses kranke Feiern des Ersten Weltkriegs ist nichts anderes als ein zynischer Versuch, nicht nur die sozialistische Sichtweise darauf umzukehren, sondern Unterstützung anzutreiben für zukünftige imperialistische Abenteuer. Dem muss von allen entgegengetreten werden, die sich den gegenwärtigen Kriegen entgegenstellen.

m.j.

Fortschritte bei der Kampagne zu den Shrewsbury 24

Das Folgende ist eine Ergänzung zu unserem Artikel über den Bauarbeiterstreik in England; erschienen in der Arbeiterstimme Nr. 180, Sommer 2013

Im Dezember übergab Ricky Tomlinson eine Petition mit 100.000 Unterschriften in der Downing Street 10, der Wohnung des Premierministers, die um die Freigabe aller offizieller Dokumente ersucht, die sich auf die Verfolgung und Verurteilung der 24 Streikposten beziehen. Einige von diesen wurden der Öffentlichkeit nach der gesetzlichen Frist von 30 Jahren nicht zugänglich gemacht, aus Gründen der

„nationalen Sicherheit“. Tomlinson ist heute Schauspieler. Während des Bauarbeiterstreiks 1972 spielte er aber eine herausragende Rolle, wofür er zwei Jahre im Gefängnis verbringen mußte für eine Vielzahl von konstruierten Verbrechen.

Eileen Rurnbull, die als Forscherin für die Gewerkschaft bei der Kampagne mitgeholfen hat, sagt, sie hat Dokumente gefunden, die eine Verbindung von der damaligen Tory-Regierung mit der Polizei und der Justiz aufzeigen. Sie erwähnt die Rolle der Geheimdiensteinheit mit dem Namen „Information research Department“. Diese war gegründet worden, um die Gewerkschaft zu infiltrieren und die

Gewerkschaft und ihre Aktivisten auszuspionieren.

Am 23. Januar fand im Parlament eine Debatte über die Freigabe aller der geheimen Papiere statt, die das Gerichtsverfahren und die Inhaftierung der Streikposten betreffen. Mit 120 gegen 3 Stimmen ging der Antrag durch, die Dokumente herauszugeben. Trotzdem weigert sich der Justizminister immer noch, vier Dokumente herauszugeben, eines davon vom Geheimdienst über „Aktivitäten der Kommunistischen Partei“. Die Kampagne kommt der Wahrheit näher, was in jenen Zeiten vor sich ging.

m.j. (14/2/14)

Von der Solidarität mit Chile zum Solidaritätsfonds

Ende Januar feierte der „Solifonds“, wie der „Solidaritätsfonds“ in aller Regel verkürzend genannt wird, seinen 40. Geburtstag. Er wurde einst unter der Bezeichnung „Chile-Solidaritätsfonds“ aus der Taufe gehoben und als 1992 Chile wenigstens zu formaldemokratischen, um die sozialistische Komponente bereinigten Verhältnissen zurück kehren konnte, entschloss man sich dazu, den Fonds nicht aufzulösen, sondern zu globalisieren. Daher rührt die neue Bezeichnung „Solidaritätsfonds“.

So trafen sich bei der Feier im Hause der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf nicht nur junge Kollegen, sondern auch Veteranen der Chile-Solidarität.

Unabhängig davon, was sich seither in der Welt alles geändert hat (vgl. zur Entwicklung in Chile: „Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile“ *Arbeiterstimme*, Nummer 167 bis 170), war und ist den Veteranen ebenso wie den Aktivisten von heute der Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse und Solidarität mit den an den Kämpfen um deren Veränderung beteiligten Kollegen, Genossen und auch mit allen anderen Menschen, die sich an der Lösung dieser Aufgabe beteiligen, gemeinsame Verpflichtung.

Bevor nun ein Blick zurück auf den alten „Chile-Solidaritätsfonds“ geworfen wird, dürfte eine kurze Beschreibung des Ist-Zustandes angebracht sein.

Der „Solifonds“ dient heute der Unterstützung von Initiativen im In- und Ausland, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Motto „Ändere die Welt, denn sie braucht es“ in die Tat umzusetzen. Als der Förderung besonders bedürftig gelten dabei Gruppen und im Ausnahmefall auch Einzelpersonen, die an der Basis arbeiten und die aufgrund ihrer Unabhängigkeit von großen Trägern, Institutionen oder Organisationen wenig Möglichkeiten haben, anderweitig Mittel zu akquirieren. Geförderte Projekte jenseits der Grenzen

der BRD sind in erster Linie in den Sektoren Bildung, gewerkschaftliche und politische Arbeit sowie Gesundheit angesiedelt. Projekte, die innerhalb der BRD aktiv sind, werden vor allem dann unterstützt, wenn sie antifaschistische oder antirassistische Arbeit machen bzw. in den Bereichen Gewerkschaft oder Politische Bildung ihren Tätigkeitsschwerpunkt haben.

Das noch aus den Zeiten des *Chile-Solidaritätsfonds* stammende Finanzierungsmodell des Fonds basiert darauf, dass die Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung gehalten sind, dem *Solifonds* monatlich ein Prozent des Betrags überweisen, den sie von der Stiftung als Stipendium erhalten. Die dabei zusammenkommende Summe wird durch eine institutionelle Komponente, welche aus den Eigenmitteln der Hans-Böckler-Stiftung stammt, verdoppelt. Ferner tragen die an Universitäten, Fachhochschulen sowie Institutionen des Zweiten Bildungsweges tätigen Vertrauensdozenten dadurch zur Aufstockung der Mittel des *Solifonds* bei, dass sie auf ihre Aufwandsentschädigungen entweder zum Teil oder aber ganz zugunsten des Fonds verzichten.

Beim *Solifonds* eingehende Anträge werden dann von dessen Vergabekommission, in welcher Vertreter der Stipendiaten, der Vertrauensdozenten, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Hans-Böckler-Stiftung sitzen, beraten. Aufgrund der Beratung entscheidet die Kommission darüber, ob – und wenn ja, in welchem Umfang – den einzelnen Anträgen auf Förderung entsprochen wird.

Kleiner Historischer Rückblick oder: Wie ist der „Chile-Solidaritätsfonds“ entstanden, was tat er und wer bzw. was wurde von ihm gefördert?

Nach dem Putsch wurde aus den Reihen der von den DGB-Gewerkschaften 1954 ins Leben gerufenen „Stiftung Mitbestimmung“, der Vor-

läuferorganisation der „Hans-Böckler-Stiftung“, heraus die Solidaritätsarbeit mit dem demokratischen Chile organisiert. Dem damals in einer „spontanen Aktion“ eingerichteten „Solidaritätsfonds“ kam die Aufgabe zu, die für Solidaritätsarbeit mit Chile benötigten Finanzen ‚einzusammeln‘. Die Stiftung begrüßte diese Initiative und gelobte, aus ihren Mitteln eine sich am Sammlungsergebnis orientierende Summe ‚für Chile‘ beizusteuern.

Dies war geschehen, da „der blutige Putsch“ nicht nur von den Gewerkschaften „mit Bestürzung und Empörung“ aufgenommen worden war, sondern gleichzeitig „eine Welle der Solidarität und der spontanen Hilfsbereitschaft“ innerhalb der Gewerkschaften ausgelöst hatte und sich die Stiftung dadurch aufgerufen sah, ihrerseits aktiv zu werden.

Anfangs vergab die Stiftung Stipendien. Bereits Anfang Dezember 1973 wurde so der erste Chile-Flüchtling in die Studienförderung aufgenommen. Das weitere Hilfsprogramm der ersten Stunde zielte ansonsten darauf ab, durch die Übernahme der Kosten von Sprachkursen sowie durch die Zurverfügungstellung von Arbeitsplätzen gefährdeten Kollegen die Ausreise aus Chile und die Aufnahme in der BRD zu ermöglichen.

In der Startphase tauchte das Problem auf, dass diese Aktivitäten am ‚Monopol‘ des DGBs für eine einheitliche (gewerkschaftliche) Außenpolitik ‚kratzte‘. Man setzte sich gegenüber dem DGB allerdings durch. Der DGB entsandte dann seinerseits einen Vertreter in die Vergabekommission des „Chile-Solidaritätsfonds“ und unterstützte – trotz (politischer) Divergenzen im Einzelfall – die Chilearbeit in den kommenden Jahren.

Verfolgte Chilenen mussten für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die BRD entweder einen Studien- oder Arbeitsplatz nachweisen. In den Fällen, in denen kein Studium in Frage kam, kooperierte man primär mit den Arbeitsdirek-

toren der Eisen- und Stahlindustrie. Die Koordination lag dabei in den Händen der Düsseldorfer IG Metall (IGM). Aus den Reihen der IGM kam zudem weitere Unterstützung.

In der ersten Zeit stand die individuelle Hilfe im Vordergrund. Diese beschränkte sich nicht allein auf materielle Absicherung. Die Flüchtlinge mussten ja regelmäßig nicht nur ihren Verfolgern in Chile entkommen können, sondern auch noch die ‚Sicherheitschecks‘ von Seiten der BRD überwinden. In diesem Zusammenhang finden sich immer wieder Klagen darüber, dass von den Behörden und ‚Dienstern‘ die Flüchtlinge nicht selten als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft wurden und man so aufwändig um einzelne Aufenthaltstitel kämpfen musste.

Zum besseren Verständnis dieses Punkts sei daran erinnert, dass während und unmittelbar nach dem Putsch extralegale Hinrichtungen und Verhaftungen an der Tagesordnung waren. Aufgrund internationaler Proteste ging die Putschregie-

rung etwas später dazu über, sich partiell ein ‚rechtsstaatliches Mäntelchen‘ anzulegen und Gerichtsprozesse durchzuführen. In solchen Prozessen Verurteilte konnten gemäß des chilenischen Gesetz Nr. 504 allerdings beantragen, anstelle der Verbüßung ihrer jeweiligen Haftstrafe in Chile aus ihrem Heimatland verbannt und abgeschoben zu werden. Ein solcher Antrag war allerdings nur von Erfolg gekrönt, wenn sich ein Aufnahmeland für den Antragsteller fand. In der BRD hatte die Chilesolidaritätsbewegung aufgrund breiter Unterstützung zunächst erheblichen Druck auf ‚die Politik‘ aufbauen können. Die Innenministerkonferenz sah sich deshalb genötigt, ein ‚Listen- bzw. Kontingentsystem‘ zu beschließen, in dessen Rahmen festgelegt wurde, welche Zahl von Flüchtlingen jedes Bundesland aufzunehmen hatte. Die ‚Leerstellen‘ auf den Listen mit Namen zu ‚füllen‘, gelang der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung in enger Zusammenarbeit mit Orga-

nisationen in Chile aus dem kirchlichen Widerstand.

Sobald so Namen ausreisewilliger politischer Gefangener in der BRD bekannt waren, wurden (Visums-) Anträge über das Bundesinnenministerium gestellt. Dem schloss sich dann eine auf der Verurteilung basierende Sicherheitsüberprüfung durch den Verfassungsschutz an, der durch seine Arbeitsweise zu verantworten hatte, dass Häftlinge manchmal bis zur Bekanntgabe der Entscheidung bis zu einem halben Jahr ‚schmoren‘ mussten, wobei die Entscheidungen damals letztendlich durch den Parlamentarischen Staatssekretär Andreas von Schöler (SPD) koordiniert wurden.

Als ein Beispiel für im Rahmen dieser Phase der Fluchthilfe vom Chile-Fonds unterstützte Kollegen sei auf eine größere Gruppe von Wald- und Landarbeitern aus dem Süden Chiles (Panguipulli) verwiesen. Diese hatten bereits in der Zeit der Allende-Regierung Latifundien besetzt und während des Putsches versucht, den

Die Förderung durch den Solifonds – ein kurzer (Lehr-)Gang durch den Antragsdschungel

Wer kann gefördert werden?

Einzelpersonen können ebenso wie Gruppen einen Förderantrag stellen.

Was sollte der Antrag enthalten?

Im Antrag sollte der Projektträger und/oder der Antragsteller vorgestellt werden. Das Vorhaben muss mit klarer (politischer) Zielsetzung und Begründung detailliert beschrieben werden. Ferner wird erwartet, dass der Antrag eine Terminplanung sowie eine ausführliche Kostenaufstellung ebenso enthält wie Informationen über bereits genehmigte bzw. noch beantragte Drittmittel. Die Höhe der beantragten Summe muss exakt angegeben werden – ebenso die Kontoverbindung(en).

Wann kann ein Antrag gestellt werden?

Anträge können prinzipiell das ganze Jahr über gestellt werden. Da die Sitzungen der Vergabekommission dreimal jährlich statt-

finden, sollten Antragsteller dafür Sorge tragen, dass ihre Anträge jeweils vor dem 20. Januar, 20. Mai bzw. 20. September bei der Hans-Böckler-Stiftung, Referat E (Koll. Jens Becker), Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf eintreffen. Neben der Absenderadresse benötigt werden weitere Verbindungsdaten wie bspw. Telefonnummer oder E-Mailadresse, so dass im Bedarfsfall Rückfragen gestellt werden können.

Was ist sonst noch zu beachten?

Es gibt kein offizielles Antragsformular und auch keine Seitenzahlbegrenzung für Anträge, gleichwohl sind die Mitglieder der Vergabekommission dankbar, wenn ein Antrag nicht mehr als fünf Seiten umfasst.

Wer der deutschen Sprache nicht mächtig ist, kann sich auch der spanischen, französischen oder englischen Sprache bedienen.

Aufgrund seines begrenzten Budgets kann der Solifonds primär

nur Anschub- und Teilfinanzierungen leisten. Insofern sollte gegebenenfalls auch etwas über die Perspektiven des Projekts ausgesagt werden. Eine Dauerförderung ist nicht möglich. Dieser Grundsatz kann auch nicht dadurch umgangen werden, dass ein Projekt alljährlich neue Anträge stellt bzw. Folgeprojekte ähnlichen Inhalts gefördert wissen will.

Gefördert werden Sach-, aber keine Personalkosten. Stipendien oder stipendienartige Leistungen sind ebenso wenig finanzierbar wie Reisekosten, die innerhalb der BRD bzw. bei Outgoing-Activities entstehen. (Wer den Solifonds im Internet besuchen will, sei auf die Seite www.boeckler.de/98.htm.)

Welche Projekte wurden bspw. in letzter Zeit gefördert?

In Südafrika wird die „Bicycle Campaign for Freedom of Association on the Farms“ unterstützt. Ziel dieser Kampagne ist es, die Farmarbeitergewerkschaft CSAAWU mit

lokalen Polizeiposten zu besetzen um so die rechtmäßige Regierung zu verteidigen. Dies rief den Einsatz von Fallschirmspringern auf den Plan, die etliche Gruppenmitglieder unter dem Vorwurf der ‚Rädelsführerschaft‘ unmittelbar massakrierten. Die Aktionen der Landarbeiter und der Umstand, dass sie in dem Ruf standen, Anhänger der linken Gruppe „MIR“ zu sein, brachte die bundesdeutschen Geheimdienste im Vorfeld des ‚Deutschen Herbstes‘ dazu, dem Urteil ihrer chilenischen Kollegen, wonach es sich bei den inhaftierten Arbeitern um ‚Terroristen‘ handele, mehr oder weniger zuzustimmen. Insofern gelang es nicht, Angehörige dieser Gruppe aufgrund der von der Stiftung mit organisierten Arbeitsplatzzusagen mit Aufenthaltstitel zu versehen.

Während man in Chile in der Folgezeit begann, dem ‚Verschwindenlassen‘ den Vorzug vor Aufsehen erregenden Prozessen zu geben, beerdigte man in der BRD das System der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Chile. Im Jahr des ‚Deutschen

Herbstes‘ gelang es dann allerdings wenigstens noch, Gladys Díaz freizubekommen. Gladys Díaz war eine international bekannte Journalistin, die Mitglied des ZK des „MIR“ war und nach dem Putsch im Untergrund Widerstand bis zu ihrer Verhaftung 1975 geleistet hatte. Im Rahmen einer ‚Austauschaktion‘, die von den Regeln des Kalten Krieges diktiert worden war, kam sie u.a. zusammen mit dem Vorsitzenden der KP Chiles, Luis Corvalan, frei. Sie wurde auch nach ihrer Ankunft in der BRD aus den Mitteln des „Chile-Solidaritätsfonds“ unterstützt.

Ab 1976 finanzierte der „Chile-Solidaritätsfonds“ zudem Teile der Chilesolidaritätsaktion des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften?), so dass ab da Mittel in Projekte flossen, die jenseits von individuellen Hilfsmaßnahmen angesiedelt waren.

Spätestens ab 1977 wurden nur noch relativ wenige Flüchtlinge aufgenommen, so dass man sich Gedanken machte, wie die Mittel sinnvoll eingesetzt werden könnten. So wurden nunmehr einschlägige ‚Agitprop-Aktionen‘ in der BRD, ferner die „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V.“ und eine Dokumentationsstelle ebenso unterstützt wie die CUT bei ihrer Arbeit in Chile.

Nach der Verhaftungswelle von 1980 in Zusammenhang mit den Protesten gegen die Pinochet-Verfassung kam es noch zu einigen Fällen individueller (Flucht-)Hilfe. Hauptzweck der Chilesolidarität im Rahmen der Aktivitäten des „Chile-Solidaritätsfonds“ war aber nun, die „Unterstützung von Gewerkschaftern in Chile selbst“.

Die praktische Chile-Solidarität in der ‚Zweiten Phase‘ des Chile-Solidaritätsfonds, in welcher nicht mehr wie in der ‚Ersten Phase‘ unmittelbar nach dem Putsch die individuelle (Flucht-)Hilfe für chilenische Genossen im Vordergrund stand, spielte sich aufgrund der gegebenen politischen Situation grundsätzlich nach den Regeln der konspirativen Arbeit ab. Es existierten Kontaktpersonen in Chile, über welche man informiert wurde, wo ‚Not am Mann‘ war, d.h. welche Initiativen es z.B. für (betriebs-)gewerkschaftliche (Re-)Organisation gab bzw. welche Bildungs- und

Schulungsmaßnahmen vor Ort als notwendig erachtet wurden.

Als 1988 – dem Jahr, in welchem die Neugründung der CUT erfolgte – ein Eisenbahnerstreik sich gegen die drohende Privatisierung der chilenischen Eisenbahn wendete, wurde von dem Koll. Ernst Breit eine Solidaritätsspende nach Chile gebracht.

Im Jahr der Ablösung Pinochets durch Patricio Aylwin wie auch in den beiden Folgejahren unterstützte man in Chile insbesondere die Reorganisation der CUT.

Mit Entmachtung der Militärs unter Pinochet setzte eine Diskussion um eine Neuausrichtung der Solidaritätsarbeit unter den Beteiligten in der „Hans-Böckler-Stiftung“ ein. Nach einer Übergangsphase wurde dann 1991/92 der „Chile-Solidaritätsfonds“ durch den bereits eingangs vorgestellten „Solidaritätsfonds“ abgelöst. Da dieser sich in der Tradition seines Vorgängers sieht, genoss - und genießt auch heute noch - im Rahmen der internationalen Solidarität Lateinamerika besondere Sympathie, was nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck kommt, dass in den vergangenen Jahren über 150 Projekte und Organisationen in lateinamerikanischen Ländern bzw. Veranstaltungen oder Informationsmaterialien zu lateinamerikanischen Themen vom „Solifonds“ mit Summen zwischen 250 und 13.000 € unterstützt worden sind.

Jochen Fuchs

Fahrrädern zu versorgen, so dass deren Mobilisierungsaktivitäten verbessert werden.

In Serbien kann das linke Belgrader Zentrum „Oktober“, wo sich u.a. Arbeiter, Studenten, Antifaschisten und -rassisten treffen, mit Geldern des *Solifonds* seine Ausstattung verbessern.

In Berlin wird es der Gruppe „Xonido“ ermöglicht, ihren (Demo-)Tontechnikpool zu vergrößern, so dass politisch aktive Menschen sich bei Veranstaltungen aus diesem bedienen können.

In Magdeburg wurden Agitprop-Mittel der Organisatoren der diesjährigen Blockaden und Demonstrationen gegen den Aufmarsch der Faschisten am 18. Januar finanziert.

In Hamburg erhielten die „Kritischen Jurastudierenden“ Geld zur Finanzierung einer Ausstellung zur NS-Militärjustiz in der Hansestadt.

Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

Rezension: Volksregierung in Chile 1970-73

Streitfragen chilenischer Sozialisten zur Unidad Popular



Auf der Rückseite dieser Broschüre findet sich diese Feststellung: „So wichtig das Wachhalten des verheißungsvollen sozialen Aufbruchs unter der UP für das kollektive Gedächtnis der politischen Linken hierzulande und in Lateinamerika ist, überrascht andererseits das wenig ausgeprägte Interesse an einer gründlichen und kritischen Analyse der damit verbundenen Niederlage.“ Das trifft im allgemeinen zu. In Lateinamerika hat die Linke aber, wie die letzten 20 Jahre zeigen, aus den traumatischen Ereignissen durchaus ihre Schlüsse gezogen.

In Deutschland wird das Thema Unidad Popular, wenn überhaupt, meist nur im Zusammenhang mit der Diktatur angerissen. Findet sich doch einmal etwas über diesen sozialistischen Versuch, bekommt man, gerade bei der organisationsgebundenen Presse, in der Regel nur die alten Standpunkte vorgelegt. Ein kritischer Vergleich dieser Positionen mit dem real abgelaufenen sozialen Prozess findet nicht statt.

Doch es gibt Ausnahmen. Diese Zeitschrift wird vom obigen Urteil nicht getroffen. In der Arbeiterstimme erschien schon anlässlich des 25. Jahrestages des Militärputsches eine kleine Serie zu seiner Vorgeschichte. Neben weiteren Texten zum Thema Chile behandelte vor vier Jahren

eine Reihe die Umgestaltung der chilenischen Gesellschaft während der Diktatur. Aufmerksamen Lesern wird sicher die Akzentverschiebung zwischen beiden Serien aufgefallen sein.

Die erste Untersuchung wurde mit großer Sympathie für den Revolutionären Block verfasst. Der damalige Blick auf die Vorkommnisse in Chile ist somit vergleichbar mit der Herangehensweise in dieser Broschüre. Doch muss angemerkt werden, dass in der *Arbeiterstimme* die „Reformisten“ nicht so hart angefasst wurden wie das hier geschieht.

Was will Werner Röhr in seiner Arbeit leisten? Sie basiert auf dem Vortrag den der Berliner Historiker auf der Konferenz der Marx-Engels-Stiftung gehalten hat. Die der DKP nahestehende Stiftung erinnerte damit im letzten Jahr an den 40. Jahrestag des Militärputsches. Röhr wählte sich folgende Aufgabenstellung: „Die linke Kritik am Revolutionskonzept der UP und umgekehrt die Kritik der Reformisten am rupturistischen¹ Sektor sollen hier nicht nur im Nachhinein, gestützt auf die Quellen und Analysen heutiger Historiker, herangezogen werden, sondern zunächst als politische Kritik der damaligen Zeitgenossen.“

Das klingt wie die akademische Fragestellung einer wissenschaftlichen Publikation. Dort werden gerne Themen innerhalb einer eng definierten Fragestellung diskutiert. Die Leser wissen, dass man die Ergebnisse in ihren jeweiligen Kontext stellen muss. Das ist bei diesem Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* aber anders!

Diese Monatsschrift wird vorwiegend von Aktiven aus Gewerkschaft und Partei DIE LINKE gelesen. Diese Menschen interessieren keine eingeschränkten Fragestellungen. Sie sind nicht vom Fach noch haben sie Zeit

sich intensiver in ein theoretisches oder historisches Thema einzuarbeiten. Daher liegt eine große Verantwortung in der Hand von Redaktion und Autoren. Sie sollten Texte bereitstellen die den Horizont der Leser erweitern. Eine Versorgung mit Ideologie hilft den linken Basisaktivisten in ihrer täglichen Arbeit nicht weiter. Doch genau das macht die Broschüre. Sie ist eine linksradikale Propagandaschrift.

Diese Wirkung entfaltet sie auf der Basis der Allgemeinbildung. Jeder Leser hat bei der Lektüre die Bilder der angreifenden Bomber und den brennenden Regierungssitz vor Augen. Gegen angreifende Kriegsflyer helfen Flugabwehrraketen. Damit drängen sich militärische Mittel zur Bekämpfung des Putsches förmlich auf. Diese militärische Vorbereitung auf den Putsch wurde, wie der Broschüre zu entnehmen ist, von den Rupturisten gefordert. Daher scheint ihnen die Geschichte Recht gegeben zu haben. Doch das ist ein Trugschluss!

Er entsteht durch die Beschränkung auf die „damaligen Zeitgenossen“ und die drei Jahre der Regierung Allende. Dadurch fällt vieles unter den Tisch, was in diesem Zusammenhang zwischen Sozialisten geklärt werden sollte. Zum Beispiel die Frage, ob es im damaligen Chile überhaupt eine Basis für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gab.²

Verneint man diesen Punkt, erledigen sich alle Diskussionen über das weiter Treiben des revolutionären Prozesses von selbst. Der Text von Walter Röhr ist dann eigentlich überflüssig. Man wird einräumen, dass die UP mit Allendes Präsidentschaft eine Position im politischen System des Landes besetzt hat, ohne den dafür notwendigen Rückhalt zu besitzen. In diesem Fall ist offensicht-

1– Heute von chilenischen Historikern benutzte Bezeichnung für die sich damals im Revolutionären Block zusammengeschlossenen Organisationen. Damit wird vermieden eine Strömung allein durch ihre Benennung zu diskreditieren.

2– General Prats, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, in einem Gespräch mit Carlos Altamirano: „Ich bin nicht für einen Putsch der Rechten, aber ich werde auch nicht der Oberbefehlshaber der Volksmilizen sein, die den Sozialismus verteidigen wollen.“ In: D. García u. O. Sola (Hg.) „Salvador Allende Das Ende einer Ära“ Berlin 1998, S. 169

lich, dass der UP ein Plan für den geordneten Rückzug fehlte.

Wer der Ansicht ist, dass es in Chile eine Basis für den Aufbau des Sozialismus gab, hat ein Problem. Er muss dann ganz konkret erläutern wie Allende seine Anhänger hätte bewaffnen können ohne damit sofort den Militärputsch auszulösen. An der Beantwortung dieser Frage hat sich bisher noch niemand ernsthaft versucht. In der linken Literatur finden sich dazu nur Sammlungen revolutionärer Floskeln.

Das ist kein Wunder. Denn man müsste anhand der Gesetze des damaligen chilenischen Rechtsstaates darlegen, auf welcher Basis der Präsident in diesem Sinne hätte tätig werden dürfen. Schließlich war die demokratische Strömung in den Streitkräfte nur zur Verteidigung der Verfassung bereit, nicht zu ihrem Bruch. Den Kampf für den Sozialismus lehnte sie ab.

Die Frage der gesellschaftlichen Basis für das sozialistische Experiment wird in der Broschüre nicht wirklich diskutiert. Eine Zwischenüberschrift lautet „Günstige Voraussetzungen“. Dabei beruft man sich auf die lange demokratische Tradition des Landes. Allendes Stimmenanteil von 1970 wird angeführt, wie auch die 44 % für die UP bei der Parlamentswahl von 1973. Diese Werte vergleicht der Autor aber nicht mit den Resultaten von aktuellen Regierungsparteien mit ähnlicher Zielsetzung.

Röhr agiert bei dieser Frage so wie die chilenische Linke heute. Als Beispiel sei auf einen Text in der chilenischen Ausgabe von *LE MONDE diplomatique* (12/2012) verwiesen. Dort geht man davon aus, dass nach den etwas über 50 % bei den Kommunalwahlen von 1971 eine Mehrheit der Chilenen hinter Allende stand. Diesem Trugschluss kann man sich aber nur hingeben, wenn man alle früheren Wahlergebnisse ignoriert.

Die Gründe warum in Chile so verfahren wird, kann möglicherweise die Psychologie liefern. Schließlich ist dort die Diskussion über gemachte Fehler untrennbar mit der Frage nach Verantwortung verbunden. Können Menschen, deren politisches Handeln den Tod von Genossen zu Folge hatte, sich ihre Irrtümer eingestehen? Schließlich müssen sie damit eine, wenn auch

kleine, Mitschuld am Tod dieser Menschen übernehmen.

Eine Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der damaligen Akteure ist bei Diskussionen zwischen Marxisten nicht möglich. Sie müssen die damaligen Fehler und Irrtümer herausarbeiten. Nur mit diesem Wissen können sie in zukünftigen sozialen Auseinandersetzungen Massaker an ihren Anhängern verhindern.

Vergleichen wir deshalb das Resultat von Salvador Allende (36,6 %) mit den Ergebnissen von Hugo Chávez (56 %) und Evo Morales (54 %). Bei dieser Gegenüberstellung sticht sofort der niedrige Wert Allendes ins Auge. Chávez und Morales liegen deutlich über 50 %. Sie haben damit das Mandat zur Veränderung ihrer Länder erhalten. Mit diesem Rückhalt konnten sie neue Verfassungen schreiben und damit wichtige Festlegungen für die Zukunft treffen.

In Venezuela führte das eindeutige Votum für Chávez zu einer Sensation. Es gab seinen Anhängern die Kraft sich ohne Waffen zu hunderttausenden einem Militärputsch entgegen zu stellen. Die Rechte feierte dort schon ihren Sieg als ihr diese Massenbewegung den Boden unter den Füßen weggerissen hat. Der Staatsstreich brach zusammen und einige der Anführer wurden festgenommen. Das war für Lateinamerika etwas neues.

Trotz aller Erfolge haben die oben erwähnten linken Präsidenten bisher den Rahmen bürgerlich kapitalistischer Staaten nicht verlassen. Möglicherweise nicht verlassen können, um eine Katastrophe wie in Chile zu verhindern. Doch müssen sie sich interessanterweise nicht mit einer starken rupturistischen Strömung innerhalb ihrer Basis auseinandersetzen.

Dieser Vergleich zeigt, dass in Chile der Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stand. Wer anderes behauptet, begibt sich auf schwankenden Boden. Er verlässt das Feld des wissenschaftlichen Sozialismus und wendet sich blanquistischen Vorstellungen zu. Wer die Meinung vertritt, eine andere Militärpolitik hätte die chilenische Linke retten können, spielt unabsichtlich den Putschisten in die Hände.

Die Einführung des Sozialismus in Chile hätte bedeutet, der bürgerliche Parteien wählenden Mehrheit

seinen Willen aufzuzwingen. Der Linken wurde, gerade wegen der von Walter Röhr ziemlich ausgewogen dokumentierten Auseinandersetzungen, die Bereitschaft dazu unterstellt. Daher unterstützte am 11. September 1973 die Mehrheit der Gesellschaft das Militär. Das hat negative Folgen für linke Politik. Sie machen sich noch heute bemerkbar.

Diese Ausführungen legen den Gedanken nahe, dass die damalige chilenische Linke von allen guten Geistern verlassen war. Bürgerliche Kräfte werden dies so sehen. Doch das ist falsch! Die heute seltsam erscheinenden Diskussionen haben eine reale Grundlage. Das sind die Erfahrungen in und mit den Volksfrontregierungen ab 1938. Sie wurden von den einzelnen linken Strömungen höchst unterschiedlich verarbeitet. Damals brannten sich grundlegende Einstellungen ins Bewusstsein der einfachen Mitglieder. Darauf basierten die Erwartungen die sie an sozialistische Politiker in Regierungsverantwortung stellten. Die 30 Jahre zurückliegenden Erfahrungen bildeten die Grundlage für die Auseinandersetzungen zwischen „Reformisten“ und „Revolutionären“. Interessanterweise wurde aber in ihren Diskussionen fast kein Bezug auf diese Geschichte genommen.

Das zeigt, dass eine ernsthafte Beschäftigung mit der Regierung der UP mindestens im Jahr 1938 beginnen muss. Dazu kommt, dass sich die chilenische Bourgeoisie seit den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts gefühlsmäßig im Würgegriff der Linken sah. Daher stellt sich die Frage warum die Christdemokraten Allende zur Präsidentschaft verhalfen? Eine Partei deren Mitglieder in Chile den Beinahe-Falangisten haben. Das spielt auf die Tatsache an, dass sich ihre wichtigsten Kader Ende der 1930er Jahre aufgrund ihrer Bewunderung des italienischen und spanischen Faschismus von den Konservativen abgespalten.

Kann es sein, dass die chilenische Linke in eine Falle gelaufen ist? Eine Falle die sie aufgrund ihrer Erfahrungen und dem Zeitgeist (Cubanische Revolution) nicht sehen konnte? Kann es sein, dass auf diese Blindheit gesetzt wurde, um sich dieser so lästigen Linken zu entledigen? Dass es vielleicht schon am Tag der Amts-

übernahme Allendes einige, sehr wenige, Menschen gab, die eine Skizze für die Roadmap zum 11. September in der Tasche hatten? Sowohl mit der Zielrichtung auf die Ausrottung der marxistischen Linken wie der Einführung eines an Milton Friedman orientierten ökonomischen Modells?

Diese Fragen erscheinen auf den ersten Blick weit hergeholt. Wer sich aber nur etwas mit dem Thema beschäftigt, wird sie zumindest als Thesen akzeptieren. Auch wenn sie dann in der weiteren Diskussion verworfen werden sollten.

So ist es nicht ganz richtig, wie es nicht nur in dieser Broschüre heißt, dass es ein dauerhaftes Angebot von Alessandri zur Verhinderung von Allendes Präsidentschaft gab. Danach sollten die Christdemokraten im Kongress dem rechten Kandidaten zur Präsidentschaft verhelfen. Dieser wollte dann einen Tag später aus Altersgründen zurücktreten. Das hätte dem scheidenden christdemokratischen Mandatsträger die Möglichkeit verschafft, bei den dann fälligen Neuwahlen wieder anzutreten. Bei diesem Urnengang wollte die Rechte, wie schon 1964, den christdemokratischen Kandidaten unterstützen, ganz gleich um welche Person es sich handelt.

Das war ein Angebot mit Hand und Fuß. Alessandri zog es aber bis zur entscheidenden Abstimmung zurück. Er wollte nun ausdrücklich nicht, dass man ihn zum Präsidenten kürt! Was war der Grund für seinen Meinungswechsel?

Kann es damit zusammenhängen, dass die ersten Seiten des berühmten *Ziegelsteins* für ihn geschrieben wurden? Als *Ziegelstein* (*el ladrillo*) bezeichnet man in Chile das Wirtschaftsprogramm an dem sich die Ökonomen der Diktatur bei der Einführung des Neoliberalismus orientierten. Seine Ausarbeitung begann Ende der 60er Jahre und sollte nach einem rechten Wahlsieg 1970 umgesetzt werden. Während der Regierungszeit Allendes wurde er im Geheimen überarbeitet und stand am Tag des Putsches als Handlungsanleitung bereit.

Sind das Indizien, die für ein rechtes Interesse an einer Präsidentschaft Allendes sprechen? Das sollte zwischen Sozialisten im Zusammenhang mit der *Unidad Popular* bespro-

chen werden. Leider findet sich in der Broschüre nichts darüber. Daher kann sie ihren Lesern auch nicht das komplexe Interessengeflecht zwischen den verschiedenen Klassen und den Widersprüchen innerhalb derselben vermitteln.

Der Autor dieser Zeilen bekennt, dass die intensive Beschäftigung mit diesem Thema seinen Standpunkt verändert hat. Er gelangte zu der Einsicht, dass die damaligen Positionen der KP der Situation am ehesten gerecht wurden. Die Kommunisten waren sich der Schwäche des fortschrittlichen Lagers bewusst. Eine sozialistische Revolution stand für sie nicht auf der Tagesordnung. Sie suchten die Zusammenarbeit mit der Christdemokratie um die soziale Basis der Regierung Allende zu verbreitern. Das konnte aber nicht mit der notwendigen Deutlichkeit ausgesprochen werden. Bei Zuwiderhandlung hätte die Öffentlichkeit den Kommunisten einen Platz gleich neben der Rechten zugeteilt. Man kann sich das heute gar nicht mehr vorstellen, aber damals herrschte in Chile ein Klima, in dem fast jeder ein Revolutionär sein wollte. Selbst die Christdemokraten sprachen von der von ihnen geplanten Revolution. Aber jeder verband andere Inhalte mit dem Wort. Das Ergebnis dieser Situation sind die Zitate von Funktionären der KP oder aus Erklärungen ihrer Partei mit denen Röhr die „Reformisten“ wie am Nasenring durch die Arena führt. Doch das wird dem Wirken dieser Genossen nicht gerecht.

Schade wäre es, wenn junge Genossen, denen die Partei DIE LINKE nicht radikal genug ist, sich die Sichtweise dieser Broschüre zu eigen machen. Unter Ausblendung der Erfahrungen aus Venezuela und Bolivien würden sie sich auf einen Weg begeben der wahrscheinlich in einer ähnlichen Katastrophe enden wird, wie das in Chile geschehen ist.

Werner Röhr:
Volksregierung in Chile 1970-73
Streitfragen chilenischer Sozialisten zur
Unidad Popular
Supplement der Zeitschrift Sozialismus
11/2013
56 Seiten, EUR 4.20
ISBN 978-3-89965-974-0

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 182 Winter 2013, 32 S.

- Kein Politikwechsel
- Arbeitende Klasse, Klassenmachtverhältnisse, Klassenmobilisierung
- Tschechien: geht es weiter bergab?
- Zwei Weihnachtsbotschaften von 1936
- Schuldenkrise ist die Steuererhebungs-krise
- Unsere Jahreskonferenz 2013
- Rezensionen

Nr. 181 Herbst 2013, 28 S.

- Der Angriff auf Syrien
- Der Präsident als Gefahr für die Linke?
- Eine neue Politik für den Norden Koreas?
- Zionistische Ideologie im „internationalistischen“ Mäntelchen

Nr. 180 Sommer 2013, 40 S.

- Keine Schicksalswahl
- Die Demontage des Sozialstaates
- Vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte
- Lateinamerika nach Chavez
- Neues vom Bauarbeiterstreik in Großbritannien von 1972
- Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?

Nr. 179 Frühjahr 2013, 36 S.

- 80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften – Das Beispiel Bremen
- „Buchstäblich stehen wir vor dem Nichts...“ Biographie Fritz Schreiters
- Kommt Kolumbien dem Frieden näher?
- Breaking the Silence – das Schweigen brechen
- Gegen die Gewerkschaften – 30 Jahre Neoliberalismus in Großbritannien
- Neuer Normalarbeitstag: Kurze Vollzeit für Alle!

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Rezension: Verteilen mit mehr Gerechtigkeit?

Die hier und heute gegebene politische Lage führt die Verfasserin der „*Flugschrift*“ zum Schluß, „*dass eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht möglich sein dürfte. Also braucht man einen langen Atem und klare Ziele*“. Deswegen setzt sie auf ein evolutionäres Konzept, in der „*sich mehr und mehr gesellschaftliche und gemeinschaftliche Eigentumsformen durchsetzen*“ und zu einer Marktwirtschaft hinführen, „*die auf Waren als Lebensmittel und Gebrauchsgüter sowie auf Dienstleistungen beschränkt ist, und in der das Geld auf seine vermittelnde Rolle reduziert ist, eine Gesellschaft der Warenproduktion also, die sich in sozialistischer Richtung entwickelt*.“ Fragen der Verteilung des Gesamtprodukts stehen daher im Vordergrund, solange wie kontrolliert auch immer noch kapitalistische Produktionsweise herrscht. Aber Gesetze des Marktes sollen dem Wohl der Menschen dienen, statt sie zu beherrschen. Die Wirkung des Wertgesetzes – als Wertverhältnis vereinfacht dargestellt im Austausch von x Ware A gegen y Ware B – ist dabei nicht außer Kraft gesetzt, soll aber zugunsten der „*allgemeinen Wohlfahrt*“ beeinflusst werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Gesellschaftsmitglieder, favorisiert von weiten Teilen einer eher libertären politischen Linken, führt nach Ansicht der Verfasserin auf den Irrweg der Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse, denn wer erarbeitet schließlich den monetären Ausdruck des Gesamtprodukts, von dem gleiche Anteile den Beziehern zufließen sollen? Wo käme das Grundeinkommen her, wenn alle Grundeinkommen beziehen würden, mit dem sie Gebrauchswerte in Form von Waren eintauschen wollen? Erneut findet der „*Geldfetisch*“ seine Bestätigung, denn wo genug Geld ist, was man nicht essen kann, scheinen die eintauschbaren Gebrauchswerte nicht fern zu sein. Die aber erst produziert werden müssen! Eine eindeutige Absage im ersten Textabschnitt auch an diejenigen Kreise oder Personen in der Linkspartei, die mit dem Grund-

einkommen liebäugeln; denn als Adressat ihres Textes scheint die Autorin insbesondere Mitglieder dieser Partei erreichen zu wollen. Nach kurzer historischer Skizze zur Herausbildung des Lohnsystems, damit auch einer Lohnarbeiterklasse, die gegen Entgelt ihre Arbeitskraft verkauft und dabei dem Schein aufsitzt, für die gesamte Tagesleistung entgolten zu werden (*gerechter Tagelohn für gerechtes Tagewerk*), widmet sich die Verfasserin dem Übergang der individuellen Lohnfestsetzung in kollektives Tarifvertragsrecht, wie wir es seit 1918 in Deutschland als gesetzliche Tarifvertragsordnung kennen. Dem Grundsatz, dass die Reproduktionskosten den Wert der Arbeitskraft bestimmen, ist darin Geltung zu verschaffen. Hiervon ausgehend umreißt die Autorin die Grundzüge der Lohnfindung im verblichenen Realsozialismus und kann daher wesentliche Ursachen für seinen Niedergang benennen. In der SU zerfiel der Lohn in Grundlohn (Reproduktion) und Leistungslohn (wer mehr leistet, bekommt mehr). In der DDR lief das auf starre Tariflöhne mit Prämienloohnerhöhungen hinaus. Weil die Reproduktionskosten mit Subventionen abgedeckt waren, ging das

Interesse an Mehrleistung zurück. Es entstand ein Mißverhältnis zwischen Tarif- und Effektivlöhnen. Durchaus erkannt, blieb es „*symptomatisch für die unwissenschaftliche Politik des Honeckerschen Politbüros*“ gegen Erkenntnisse von Ökonomen und Arbeitswissenschaftlern höhere Tariflöhne abzulehnen. Von 1980-88 stiegen die Preissubventionen von 16,9 auf 49,8 Mrd. DDR-Mark, somit ihr Anteil am Staatshaushalt von 15 auf 25 Prozent an. Von oben verordnet und gern hingenommen fungierte die Sozialpolitik als „*zweite Lohntüte*“, zu der die Erhöhung des Einkommens als private Strategie über *Nebenbeschäftigung* trat. Der Warencharakter der Arbeitskraft blieb faktisch außer Kraft gesetzt, dennoch aber weiterhin ökonomisch wirksam. Nach dem Anschluß der DDR erfolgte mit weitgehender Deindustrialisierung die Abwertung der Arbeitskraft im Osten auf zwei Drittel des Westdurchschnittslohnes und damit entfiel die Voraussetzung eines Flächentarifvertragssystems. Denn fehlende Arbeitsplätze nötigen den Arbeitsstellensuchenden Arbeitskontrakte ab zu niedrigeren Preisen, d.h. Löhnen, um überhaupt Beschäftigung zu finden oder zu behalten. Wenn die Autorin feststellt:

Anzeige

Flucht & Asyl



Mehr als 100.000 Flüchtlinge kamen 2013 nach Deutschland; und 2014 werden mehr als 120.000 erwartet. An vielen Orten bilden sich Initiativen, die sie bei der Ankunft und im Asylverfahren unterstützen wollen. Diese Broschüre gibt eine Übersicht über das Asylrecht und das Asylverfahren für alle, die ehrenamtlich oder hauptamtlich beraten. Sie kann natürlich nicht die Befragung durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt ersetzen. Es ist aber wichtig, alle Schritte zu verstehen und die Fristen zu kennen, um Fehler zu vermeiden. Das Heft eignet sich auch als Unterlage für Seminare und Fortbildungen.

Reinhard Pohl: **Flüchtlinge bitten um Asyl.** 2014, 48 Seiten 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

„Die krisenhaften Prozesse der letzten Jahrzehnte und die Macht des Kapitals haben mit der Ausweitung des Niedriglohnssektors Löhne durchgesetzt, die z.T. weit unter dem Wert der Arbeitskraft liegen“, wirft das die Frage auf, wieso allein Gewerkschaftsmitglieder bei den Bundestagswahlen im September 2013 zu über achtzig Prozent eindeutig prokapitalistische Parteien wählten, d.h. jene, deren Gesetzgebung die Kapitaleseite begünstigt. Um das Angebot und den Zugang zu mehr Arbeitsstellen auszuweiten „steht als längerfristiges Ziel die 30-Stunden-Woche bereits zur Debatte und darf nicht aufgegeben werden“. Müßte die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufkommens auf alle Erwerbsfähigen nicht heißen, die aktuelle Notwendigkeit des Sechsstudentages (kurze Vollzeit für Alle) als gesellschaftliches Leitbild der politischen Linken ganz nach vorne zu stellen?

Neben einigen grundlegenden werttheoretischen Reflexionen zum Wert der Arbeitskraft widmet sich die Autorin zum Abschluß ihrer Abhandlung dem Verhältnis von Entlohnung (Wert der Arbeitskraft) und Gerechtigkeit. Weil sehr vom subjektiven Standpunkt abhängig und auch nicht zu quantifizieren, ist schwer zu definieren, was Gerechtigkeit ist oder sein könnte. Sie zu verwirklichen, ist für die Autorin „vor allem ein großes Ideal“, und das hieße im allgemeinen

„gleiches Recht und gleiche Chancen für alle.“ Von der von bürgerlichen Parteien propagierten „Chancengleichheit“ ist das nicht weit entfernt, wenn nicht die stetige Zugehörigkeit der Einzelnen zum Gesamtarbeiter als Norm gewährleistet bleibt. Hier wäre man aber wieder bei der arbeitsteilig bedingten Ungleichheit, der „zunächst“ dadurch zu begegnen ist, „vor allem die Diskrepanz zwischen den ungerechtfertigten Einkommen aus Kapital und Vermögen einerseits und den Einkommen aus Erwerbstätigkeit und prekärer Beschäftigung andererseits durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse aufzulösen“. Woher erwächst jedoch die gesellschaftliche Kraft, dies durchzusetzen, wenn kein greifbares Ziel aktuell definiert ist, dessen Umsetzung allein den Beschäftigten einen höheren Anteil vom Gesamtprodukt einbringt? Und dazu die alltäglichen Reproduktionsbedingungen über ein anderes Zeitregime erleichtert? Es müssen Vorteile im Alltagsleben der Lohnabhängigen erkannt werden, die sich zum breiten gesellschaftlichen Willen artikulieren.

Um Klarheit über die Ausgangsbedingungen zu gewinnen, lenkt die Schrift von Ingeborg Dummer den Blick auf wesentliche politökonomische Grundbegriffe, in denen die Grundstruktur einer auf allgemeiner Warenproduktion fußenden Gesellschaft zum Ausdruck kommt.

Daran mangelt es derzeit erheblich in einer politischen Linken, die mit unscharfen Forderungen nach „sozialer Gerechtigkeit“ empirisch begründete Ansprüche für die Gesamtheit der auf Lohnarbeit Angewiesenen vernachlässigt. Die Fluktuation großer Wähleranteile der *Linkspartei* zu *Piraten* oder der rechtsliberalen *AfD* belegt das. Ob manches im Detail der Argumentation im vorgestellten Text kritischer Wertung standhält, z.B. die Erwartungen an eine „sozialistische Marktwirtschaft“, sollte den Lesern überlassen werden. Gerade deswegen ist diesem gehaltvollen, knapp gehaltenem Text, der essentielle Fragen antikapitalistischer Politik aufwirft, möglichst weite Verbreitung zu wünschen.

Hubert Zaremba, 16.10.2013

Ingeborg Dummer, *Gerechte Verteilung!?! Mit langem Atem zu mehr sozialer Gerechtigkeit – Eine Flugschrift*, VSA Verlag Hamburg 2012, 94 Seiten, 8,80 Euro



Bruttoinlandsprodukt jetzt noch genauer!



Geht es um den Wohlstand der Menschen, wird von der bürgerlichen Seite das Bruttoinlandsprodukt als Vergleich zwischen den Ländern herangezogen. So gesehen ist ein großes BIP gleich ein großer Wohlstand für alle. Kritik am Bruttoinlandsprodukt aus marxistischer Sicht ist nicht neu. Will man die wirtschaftliche Tätigkeit eines Landes erfassen, ist das BIP sehr ungenügend und verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse, abgesehen davon sagt es auch nichts darüber aus, was mit den „produzierten“ Waren und Dienstleistungen passiert, wem die erwirtschafteten Güter zugute kommen, wie die Verteilung in der Gesellschaft aussieht...

Dass in diesen Berechnungen auch immer volkswirtschaftlich unsinnige, ja sogar schädliche „Waren“ und „Dienstleistungen“ enthalten sind, macht es noch absurder. Was das betrifft sind die bürgerlichen Ökonomen zumindest konsequent: Ab nächstem Jahr sollen in die Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts die illegal gehandelten und geschmuggelten Drogen einbezogen werden. Wir können also davon ausgehen, dass der gesellschaftliche Wohlstand 2015 erheblich steigen wird.

Steinmeier: Ein Sozialdemokrat redet Klartext



Am 19. November 2013 sprach der damalige Vorsitzende der SPD-Fraktion und heutige Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf der Jahrestagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Berlin.

Er plauderte auf der Tagung aus dem Nähkästchen, war er doch Chef des Bundeskanzleramtes unter Schröder und gestaltete viele Maßnahmen zum Sozialabbau der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit. Bei der Bundestagswahl 2009 war er Kanzlerkandidat der SPD und bescherte ihr das phänomenale Wahlergebnis von 23 Prozent. Wir zitieren an dieser Stelle einige Passagen aus seine Rede.

(...) Wir sind auch Dank einer mutigen Reformpolitik, die in diesem Lande stattgefunden hat, ganz gut aufgestellt – auch im Wettbewerb mit den anderen. Wir haben jetzt fünf Wachstumsjahre in Folge. Wir haben Rekordniveaus bei Beschäftigung, bei Exporten und bei Staatseinnahmen. Das ist alles wahr. Und ich weiß, daß die meisten hier im Saal trotz der anstrengenden, gefährlichen, risikobehafteten Umsteuerungsarbeit, die wir damals zu machen hatten, ihre Zuneigung zur Sozialdemokratie immer noch unterkühlt handhaben. Und ich sage deshalb, gerade weil Ilse Aigner so stolz darauf ist, dass die CDU/CSU keine Steuererhöhungen haben will, sondern die Steuersätze beibehalten will, ihre Erwartungen waren der ursprünglich mal etwas anders. Sie (die Unternehmer, d. Verf.) haben ja sogar auf Steuersenkungen gewartet. Deshalb sage ich jetzt ohne Larmoyanz, und die Entscheidungen liegen ja zehn Jahre hinter uns, wenn Sie sich in gerechter Weise zurückerinnern, dann hat es aber die entscheidenden Steu-

ersenkungen und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben:

- Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes,
- mit der Senkung des Eingangssteuersatzes,
- mit der Senkung der Unternehmenssteuern.

Sie haben bis dahin Ihre Kapitalzinsen nach dem Einkommensteuergesetz bezahlt, und seit der Zeit nur noch für die Hälfte ungefähr versteuert nach dem Abgeltungssteuergesetz.

Das war damals immerhin sozialdemokratische Steuerpolitik und ich finde bis heute ist das nicht so ganz schlecht. (Beifall)

Ich habe mir das selbst noch einmal in Erinnerung gerufen, weil (...) ich den Eindruck hatte, Sie fühlen sich alle bei dem Unionsteil einer möglichen Großen Koalition besser aufgehoben als beim sozialdemokratischen Teil einer Großen Koalition. Deswegen erinnere ich natür-

lich nicht nur an die Steuerpolitik, für die wir Verantwortung getragen haben, sondern ich sage mal dabei, daß auch die Reform der Arbeitsverwaltung, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Aufhebung der Spaltung am Arbeitsmarkt, die Halbierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – auch das waren Entscheidungen, die wir damals getroffen und durchgesetzt haben, mit denen wir miteinander – nicht Sie alleine – unter ökonomischen Gesichtspunkten ganz gut leben – miteinander. Und deshalb sage ich Ihnen auch entgegen manchem Verdacht, von dem ich auch in Zeitungen dieser Tage lese: Nachdem wir das alles durchgerungen haben, uns haben beschimpfen lassen, auch Wahlen verloren haben dafür, müssen Sie sich jetzt nicht vorstellen, dass wir das, was ökonomischen Erfolg in dieser Republik begründet hat, nachträglich auf irrsinnige Weise in Frage stellen, sondern wir wissen, was das für Mühe gekostet hat, dieses Land aus mancher Unbeweglichkeit zu befreien. Und deshalb kann ich mir auch nicht vorstellen, dass die Rückabwicklung sinnvoll und gut wäre.

Ich will Ihnen nur sagen, wenn man an der einen oder anderen Stelle trotzdem ... versucht etwas zu korrigieren, was im Blick auf die letzten zehn Jahre trotz Reform aus dem Ruder gelaufen ist, etwa bei der Leiharbeit oder bei der Entwicklung der Aufstockerei für den Niedrigstlöhner, wenn man das versucht zu korrigieren, dann sollte das auch in Ihrem Interesse, im Interesse von Arbeitgebern, liegen, weil eigentlich doch keiner ein Interesse daran haben kann – wie ich unterstelle mal, Sie auch nicht – dass Zustimmung und Akzeptanz zur Marktwirtschaft aufgrund solcher Fehlentwicklungen, die wir einfach laufen lassen, dass Akzeptanz der Marktwirtschaft auf diese Weise erodiert.“

Das Video mit der Rede Steinmeiers ist im Internet auf den »Nachdenkseiten« zu finden. (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=19482>).

ROTE HILFE e.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.



ROTE HILFE e.V., Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

bundesvorstand@rote-hilfe.de, www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Konto-Nr.: 56036239

BLZ: 260 500 01, Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

DIE ROTE HILFE–Redaktion
Postfach 3255, 37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de



ABONNIEREN SIE JETZT!



C O U P O N

☐ Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht.)

Nur Abonnentinnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

☐ Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an
den SWB-Solidfonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank

Kontonr.

BLZ

Name/Vorname

Straße/Hä.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Alle

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

CBG

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org